

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$,
Zergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Veranstaltungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Kumpenheim. (Telegramm.) Der Zuzug von Nähmaschinenschülern nach Kumpenheim bei Offenbach a. M. ist streng fern zu halten, da Aussperrung erfolgt ist.

Zuzug ist fern zu halten von:
Bau- und Möbelschülern nach Naumburg (Steincke & Co., Waugeschäft), Nordhausen, Neudamm (Seiffert & Schmidt);
Tischlern und Drechslern nach Böslin;
Modellschülern nach Hamburg (Dooje, Heß & Niffel und Klein, Ottenjen);
Tischlern, Drechslern, Bildhauern, Polirern und Maschinenschülern nach Frankfurt a. d. O. (Firma Manz & Gerstenberger);
Pinselfabrikanten und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Mosenfeld'sche Pinselfabrik);
Stoßdrechslern nach Wien;
Tischlern nach Pirna (Tischlermeister Karl Wurst).

Der Wechselbalg ist todt — wird er wieder auferstehen?!

Am 20. November ist die Zuchthausvorlage vom Reichstag abgelehnt. Nicht einmal einer Kommissionsberathung ist sie gewürdigt worden! König Stumm hat sein Möglichstes gethan, um den schon im Sterben liegenden Wechselbalg zu retten. Alle Kunst war vergeblich. Er starb und wurde verscharrt, wie der Kadaver eines tollen Hundes.

Wird die deutsche Arbeiterschaft nun Ruhe haben? Werden die Geburtshelfer des gewesenen Wechselbalges eine Lehre aus der Mißachtung gezogen haben, die das deutsche arbeitende Volk den Vätern des Monstrums und diesem selbst entgegengebracht hat?

Wir zweifeln daran!
Obwohl es an erlittenen Niederlagen der Regierung nicht gefehlt hat, obgleich ihr wiederholt unzweideutig seitens des Reichstages zu verstehen gegeben ist, daß ihre reaktionären Gesetzentwürfe keine Annahme finden, entblödete sie sich nicht, trotzdem mit dem Zuchthausgesetzentwurf aufzuwarten. Ihre erneute Niederlage, wohl die schwerste und blamabelste, die sie je im Reichstage erlitten, brachte zwar den Polizeiminister in Harnisch, aber anstatt Einkehr bei sich zu halten und den beschrittenen Weg zu verlassen, deutete er an, daß die Regierung fortfahre, dem Terrorismus der Streikenden und dem Schuß der Arbeitswilligen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Daran zweifeln wir nicht. Wie könnte eine Klassenstaatliche Regierung auch anders handeln! Sie, die sich den Agrariern und dem Großunternehmertum mit Leib und Seele verschrieben, sie, die Geist ist von deren Geist, wie könnte sie eine andere Taktik einschlagen, als die, den „Eseln“ und „Besten“ der Nation, den „Stützen von Thron und Altar“ im Kampfe gegen den „Umschurz“ Heerfolge zu leisten!

Was ist ihr das Koalitionsrecht der Arbeiter, wenn die Schlotbarone dasselbe im Interesse des aus den Arbeitern herauszupressenden Profits für schädlich halten? Nichts! Fort mit ihm, wenn nicht durch ein Zuchthausgesetz, so durch andere Mittel. Ein Weg wird sich schon finden. Die Unternehmer lassen wenige Tage nach der Ablehnung der Zuchthausvorlage durch ihre Soldschreiber schon wieder mobil machen. Krupp's Organ schreibt: „Mit dem Hoc volo, sie jubet (das will ich, so befehle ich) der Reichstagsmehrheit ist ein Gesetz, das, wie man auch über die Opportunität einzelner Vorschläge urtheilen mochte, einer unbestreitbar rechtswidrigen und gemeingefährlichen Erscheinung entgegenzutreten bezweckt, keinenfalls für immer beseitigt.“

In einem süddeutschen Scharfmacherorgan wird ernstlich die Frage erwogen, ob die im Reichstage gescheiterte Aktion gegen das Koalitionsrecht nicht in den preussischen Landtag verlegt werden sollte. Davon rath aber selbst Schweinburg ab. Er meint, daß, wenn man derartige, das Reich in seiner Gesamtheit tief berührende Interessen in den Einzellandtagen austragen wolle, in Berlin und Dresden z. B. mit entgegengesetztem Erfolge wie in München und Karlsruhe, so würde man damit zu einer Zerreißung des Reichsinteresses gelangen und so wider Willen den Weg beschreiten, „der schließlich zur Auflösung des Reiches selbst führen müßte“. Das Letzere wäre nicht unmöglich. Wie sich aus den verschiedenen Präparationen entnehmen läßt, hat das Unternehmertum durch die Niederlage noch keineswegs den Muth verloren. Für Bued, Beumer, Jende und Genossen ist es höchst unangenehm, daß ihre hegetrische Thätigkeit so schlecht belohnt worden ist; aber sie werden nicht aufhören, Ränke zu schmieden, neue Fäden zu spinnen zu dem Strick, mit dem sie das Koalitionsrecht erdroffeln wollen. Vorläufig werden sich die Hegeter mit der Niederlage abfinden, schon weil ihre heiligen Schutzpatrone keine Zeit haben, ihren Einflüsterungen zu lauschen, sondern ihre ganze Kraft auf die Durchbringung der in Aussicht gestellten Flottenvorlage verwenden müssen. Ruhe wird das arbeitende Volk vor den Reaktionen nicht haben; das ist auch garnicht anders zu erwarten. Im Lande widerstrebender Interessen wird der Klassenkampf unaufhörlich sein, so lange die besitzende Klasse sich nur von dem Grundsätze leiten läßt, daß die Arbeiter nur ihretwegen da sind, bestimmt, um für sie, die Drohnen der Gesellschaft, Schätze zu sammeln.

Verstärkt wird dieser Kampf durch die fortwährenden Versuche: das Bestreben der Arbeiterklasse, sich der übermäßigen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu erwehren, durch Einengung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen.

Die Ablehnung der Zuchthausvorlage hat gewiß in der gesammten Arbeiterschaft helle Freude entfacht; warum auch nicht? Der Alp, der seit mehr als einem Jahre die Schaffensfreudigkeit gelähmt zu haben schien, ist beseitigt. Nur ihrem energischen Protest gegen die EntrechtungsPolitik der Regierung ist es zu verdanken.

Jetzt gilt es aber, wie ehemals, die Augen offen zu halten und sich durch den Erfolg, der zweifellos nur ein Augenblickserfolg ist, nicht einschläfern zu lassen. Erst recht muß jetzt mit aller Kraft an die Organisationsarbeit herangetreten werden, damit die Fernstehenden, um deren Schutz die Unternehmerclique so sehr besorgt ist, herangezogen werden. Es muß den Scharfmachern immer mehr der Boden unter den Füßen weggerissen, die Stützpunkte, auf denen die Zuchthausvorlage ruhte, müssen beseitigt werden. Es darf weder Unorganisirte noch „Arbeitswillige“ geben. Alle müssen in die Organisation hinein. Dann werden nicht nur die geplanten und stetig wiederkehrenden Attacken auf das Koalitionsrecht mit Hilfe reaktionärer gesetzlicher Bestimmungen seltener werden; auch das Streben der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wird von größeren Erfolgen begleitet sein.

Die Malbaster-Industrie in Berlin.

II.

Unter den Hunderten von Gewerksarten, die die Jetztzeit kennt, bildet die Malbaster-Industrie bloß einen ganz geringen Bruchtheil. Sie kommt an Umfang etwa der Korfschneiderei gleich und hat ihre Niederlassungen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands,

vorwiegend aber in Berlin und seinen Vororten, sowie in Thüringen. Berlin selbst hatte vor ungefähr zehn Jahren fünf bis acht Kleinbetriebe in dieser weichen Steinbranche, von denen jedoch nur die wenigsten eine längere Existenz hatten. Erhalten und erweitert haben sich drei von diesen Unternehmungen, die anderen sind alle sammt verschwunden. Hierbei spielte allerdings der Wechsel der Rohstoffe eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn damals verarbeitete man nicht, wie dies heute geschieht, in der Hauptsache Malbaster, sondern den sogenannten Onyxet, oder rothen Stein, und nebenbei natürlich auch den grauen Stein. Der Abbau dieses verhältnismäßig billigen Materials ist aber mit der Länge der Zeit geringer geworden; naturgemäß ist dann auch die Verarbeitung desselben zurückgegangen. Man hat daher zu anderen weichen Steinen greifen müssen und den bedeutend theureren Malbaster zur Verwendung herangezogen. Infolgedessen sind Betriebskapital und Betriebskosten für solche Geschäfte höher und der minder kapitalkräftige kleine Handwerker existenzunfähig geworden.

Für die Metropole des Reiches kommen jetzt nur noch drei größere Etablissements in Frage. Selbentlich werden zwar auch kleinere Firmen Malbasterwaaren in den Werkstätten für die Verarbeitung von Marmor und Onyx mit hergestellt, für den Markt sind sie jedoch fast garnicht von Belang. Einige Kleinmeister machen wohl auch ab und zu einmal Reparaturen und einzelne Stücke aus Malbaster oder sonstigem weichen Stein, aber auch ihre Thätigkeit auf diesem Gebiete ist nur von sehr minimaler Bedeutung. Wir sind deshalb schon darauf angewiesen, uns ausschließlich mit den Fabrikanlagen zu beschäftigen und, um ein wirklich zutreffendes Bild zu gewinnen, ihre Einrichtungen von Grund auf zu behandeln.

Betrachten wir vorerst Beschaffenheit und Ausdehnung der Betriebe, so finden wir, daß sie sämmtlich Kraftbetriebe von mittlerer Größe sind. Die vorhandenen Maschinen, als Bandsägen und Drehbänke, werden theils durch elektrische und theils auch durch Dampfkraft getrieben. Während nun die Arbeitsstätten der einen Fabrik aus kleineren, für die einzelnen Verrichtungen beim Arbeitsprozeß gesonderten Räumen bestehen, sind in einem anderen Geschäfte wieder die Mehrzahl der Arbeiter nur in einem Saale untergebracht. In beiden ist aber der Platz, soweit dies irgend möglich, ausgenutzt; für den Arbeiter ist er dagegen vollständig unzureichend. Der kleinste von den drei Betrieben bietet den Arbeitern immer noch den meisten Raum und also auch die freieste Bewegung. Die Gesamtzahl der in diesen drei Werkstätten beschäftigten Personen macht rund 130 aus. Hier von entfallen auf die Bandsägenschnneider und Schärfer 11, die Drechsler 31, die Tischler resp. Plattenarbeiter 67, und auf das Farb- und Hülfspersonal etwa 20 Arbeitskräfte; von letzterem gehören 5 dem weiblichen Geschlechte an. Jugenbliche Arbeiter sind in allen diesen modernen Arbeitsanstalten geradezu zur Norm geworden. Leider herrscht aber in diesen Unternehmungen noch ein ziemlich starker Arbeiterwechsel, so daß heute darinnen mehr, morgen wieder weniger Personen thätig sind. Die größte Fabrik hat zur Zeit 68 Leute.

Machen wir nun einmal einen Rundgang durch ein derartiges Etablissement, so werden wir ohne große Mühe die Ursachen der Unbeständigkeit im Arbeiterbestande kennen lernen. Schon beim ersten Eintritt in die Räume des mechanischen Betriebes bekommt der Besucher einen gelinden Schreck, denn er glaubt sich in einer Mühle zu befinden, die Luft dicht mit weißem Staube gefüllt ist. Thüren, Wände, Fenster, alle Gegenstände und natürlich auch die Arbeiter sind stark mit demselben behaftet; selbst auf den Treppenaufgängen und an den äußeren Theilen des Fabrikgebäudes ist das feine Gipsmehl, vom Luftzug dahin verweht, in Menge zu sehen. Der Uneingeweihte wird dann erst durch die Gerüche der Arbeiter mehr auf die Art des Betriebes

aufmerksam. Ausreichende Ventilation ist freilich nirgends vorhanden. Im kleinsten der drei Offizinen, bei Raphael & Fleischer, hat man zwar versucht, den Staub durch Exhaustoren abzugießen; an jeder Drehbank und Säge sind Apparate aufgestellt, aber der Vorteil für die Arbeiter ist nur verhältnismäßig schwach zu spüren. Jedenfalls funktioniert die Einrichtung noch nicht ordentlich oder ist vielleicht nicht kraftvoll genug, auf alle Fälle ist sie aber noch der Verbesserung bedürftig, denn sonst müßte dieses System dem Beschäftigten wohl mehr Nutzen bringen. Eine andere Probe, um die von Alabaster und grauem Stein geschwängerte Atmosphäre zu reinigen, hat man bei der Firma Habild & Co. gemacht. Dort hat man im Drechslerjaale einen elektrisch betriebenen Ventilator angebracht, der zwar geringe Quantitäten Staub abzieht, jedoch für diese Zwecke entschieden zu unwirksam ist. Da nun, sicherem Vernehmen nach, die Versuche in beiden Fabriken auf Anordnung der Gewerbeinspektion gesehen sein sollen, so muß es doch Wunder nehmen, daß in der zweitgrößten Arbeitsstätte von Goldschmidt & Co. bisher noch nichts zur Erleichterung für die Arbeiter angeordnet worden ist. Die Unternehmer haben bisher noch nicht das Geringste gethan, um die hier und da schier unerträgliche Luft nur in etwas zu lichten. Es scheint da der schärfste Druck der Arbeiter und auch der Gewerbeinspektion erst notwendig zu sein.

Für die Gewerbeinspektion ist diese Branche überhaupt ein dankbares Feld der Bearbeitung. Der Staub von Alabaster und vor allen Dingen von grauem Stein beeinträchtigt den menschlichen Körper in hohem Maße. Er setzt sich auf diesem vollständig fest und hindert somit die reguläre und für die Erhaltung der Gesundheit des Menschen erforderliche Hautatmung. Greiflicher Weise werden dann gleichfalls die inneren Organe des Alabasterarbeiters stark belastet und sein Gesundheitszustand kann schließlich nicht als günstig gelten. Verschiedentlich wird ja erklärt, daß der Alabasterstaub für den menschlichen Organismus nicht so schädlich sei wie der Holzstaub, allem Anscheine nach ist jedoch das Umgekehrte der Fall. Zeigen sich doch schon nach den ersten Wochen in dieser Beschäftigung bei den Arbeitern Beschwerden der Verdauungs- und Athmungsorgane, die dann immer heftiger werden und auch öfter wiederkehren. Bisher hat man diesen Erscheinungen noch nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, indem doch die Zahl der in solchen Fabriken schaffenden Personen eigentlich gering ist; in Zukunft wird man aber hierauf mehr Acht geben und Besserung der sanitären Verhältnisse in diesen Arbeitsstätten verlangen müssen. Erste Hauptsache ist und bleibt natürlich gute Körperreinigung. Augenblicklich sind jedoch Waschorrichtungen in den Alabasterbetrieben noch unbekannt. Ein Abwaschen mit nur kaltem Wasser genügt aber auch nicht, mit Seife ist dies sogar verkehrt, denn mit derselben vereinigt bildet das Gipsmehl einen ziemlich zähen Kleister, den man nur schwer und erst nach und nach wieder los zu werden vermag. Es ist daher ein Abwaschen mit warmem Wasser und zwar für den ganzen Körper geboten. Dergleichen Einrichtungen kosten aber bekanntlich Geld und der Fabrikant ist nur ungern bereit, für solche Zwecke etwas auszugeben. Da wird es jedenfalls noch manchen Kampf zu bestehen geben, ehe nach dieser Richtung hin nur wenigstens etwas erreicht wird.

Wenn wir nun bei der Einsichtnahme in solche Werkstätten den nicht mechanisch betriebenen Theil derselben betreten, so müssen wir wohl konstatieren, daß der Staub hier zwar geringer, jedoch noch immer in ziemlich starkem Maße vorhanden ist. Am meisten macht er sich fühlbar beim Ablehren der Klatschen (Schleifplatten), denn da wird der feine, sonst fast liegende Staub wieder aufgewirbelt. Jedenfalls ließe sich auch hier sehr gut Wandel schaffen, wenn nur der gute Wille da wäre. Neben dem Steinstaub entsteht nun aber auch noch Staub beim Poliren. Die abgeriebene Beize, der Wienerkalk und die Schmirseife sättigen die Luft in den Arbeitsräumen ebenso wie die Atome des Steines. Des besten Belag hierfür liefert der Arbeiter selbst, indem sich doch die durch das Abreiben trocken gewordenen Substanzen an seinem Körper festsetzen. Bei Stundenlangem Poliren bekommt das Gesicht und der Hals des Thätigen ein wirklich grünelndes Aussehen. Sicherlich kann man hieraus zur Genüge erkennen, in welchen Verhältnissen das Personal dieser Fabriken zu wohnen hat. Eine Untersuchung über die größere Schädlichkeit der beiden Staubsorten fällt dann jedenfalls zu Ungunsten des Polirstaubes aus, denn seine Theilchen sind bedeutend feiner und daher dem menschlichen Organismus gefährlicher. Treffen sie doch sogar die Hände des Schmirers auf und legen das rohe Fleisch bloß, so daß die betroffenen Stellen anfangen zu bluten. Auf solche Weise entstehen auch oftmals langwierige Krankheiten, da diese Wunden nicht selten in Eiterung übergehen. Beobachtet man nun einmal das Poliren der Alabasterarbeiter, so kann man hier die Mahnung machen, daß diese Leute manchmal das Poliren der Hände vor Schmirer zusammenkrümmen, dann selbst dann, wenn die Wunden schon verheilt sind, bringt doch immer etwas Schmirseife mit sich, und dies verursacht natürlich unangenehme Erscheinungen, so daß der betonte Betroffene sich kaum

getraut, seine Arbeit fest anzufassen. Die Erhaltung der Existenz zwingt ihn aber immer wieder zur weiteren, wenn auch schmerzvollen und deshalb langsameren Thätigkeit.

Derjenige, welcher nun aber glaubt, daß diese Arbeiter vielleicht doch durch andere Unnehmlichkeiten in der Werkstatt für ihre Mühen und Plagen entschädigt werden, der irrt sich ganz gewaltig. Da sind z. B. nicht einmal Ankleideräume oder auch bloß Kleiderpinde zu finden; es giebt höchstens einen Kleiderkasten und ein Stück Zeug zum Ueberhängen, hier und da auch einen aus Eisenblech zusammengeklappten Kasten, sonst jedoch nichts. Und nun gar bei der Lohnfrage, da ist von einträglichem Gewinn überhaupt nicht zu reden. Die Plattenarbeiter und Drechsler sind durchgängig Akkordarbeiter, wenn sie aber bei den bestehenden Sätzen nur auf einen halbwegs auskömmlichen Lohn kommen wollen, so müssen sie ihre Arbeitskraft schon bis zur letzten Faser anspannen. Einer oder der Andere von den älteren eingerichteten, einige Jahre darin beschäftigten Leuten verdient ja wohl einmal M. 35, 38 und 40. Der Durchschnittsarbeiter schwankt im Lohn aber nur zwischen M. 22 und 24. Ein beträchtlicher Theil von diesen Personen bleibt jedoch auch noch unter M. 20 zurück, und was das für eine Großstadt wie Berlin zu bedeuten hat, kann sicherlich jeder denkende Mensch erfassen. Die Geldentschädigung für die Arbeitsleistung und ihre Beschwerden steht also in gar keinem Verhältnisse mit der Mühe und der Gesundheitschädlichkeit der Arbeit.

Die Arbeitszeit ist die für die Holzarbeiter übliche von 8 Stunden pro Woche. In einer, allerdings der größten, Fabrik wird jedoch 1/2 Stunde länger gearbeitet. Hier herrscht auch gleichzeitig noch die Ueberzeitarbeit stark vor. Seit geraumer Zeit wird schon täglich 1 1/2 Stunden länger gearbeitet, verdient wird aber verhältnismäßig nur wenig mehr, wie in der regulären Arbeitszeit. Ein Nutzen springt demnach für beide Theile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht heraus. Die Kürzung der Arbeitszeit wäre dann wohl das Praktischste, ob es aber geschehen wird, ist fraglich.

Im Uebrigen sind in diesen Unternehmungen auch noch sonst genügend Mißstände. So unter Anderem bei der Arbeitsausgabe. Dieselbe haben die Werkführer unter sich, und da kommt es denn zuweilen zu recht widerlichen Szenen. Bei der Firma G. & Co. war es bisher Usus, daß die Arbeiter, sofern sie auf lohnende Posten Waare reflektirten, oder auch wenn sie diese ohne vorherige Verständigung erhielten, den Herrn Werkführer thätig schmierem mußten. Anderwärts sind wieder einzelne Personen regelmäßig mit gut lohnender Arbeit bedacht worden, während bestimmte Leute stets mit schlecht bezahlten Sachen vorlieb nehmen mußten. Uebrigens ist es bei den Bandsägenhändlern. Auch da müssen die Arbeiter Haare lassen, wenn sie nicht allzu lange auf das Zuschneiden ihrer Stücke warten wollen. Die Materialausgabe ist gleichfalls mit diversen Schwierigkeiten verbunden. So könnte man nun wohl die Reihe der Widerwärtigkeiten, mit denen die Arbeiter in diesen Betrieben zu thun haben, noch bedeutend erhöhen, zur Skizzirung genügt sicher schon das Angeführte, und wollen wir uns nunmehr den Bestrebungen zuwenden, die die Arbeiter anwenden, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen.

Die Organisation der Alabasterarbeiter in Berlin ist noch ganz neuen Datums. In früheren Jahren war die Versumpfung, das Blaumachen und kräftiges Trinken gelage bei den ordinärsten geistigen Getränken an der Tagesordnung. Heute ist dies theilweise zwar auch noch der Fall, jedoch nicht mehr in dem Maße wie ehemals. Unter den Drechslern hat schon immer etwas Interesse für die Bewegung geherrscht. Sie waren auch am 96er Streik theilhaftig, erkrankten jedoch in den letzten Jahren einer festen Gliederung. Mitte dieses Jahres haben sie sich dann wieder enger verbunden, irgend welches Borgehen gegen die Unternehmer aber bisher unterlassen, trotzdem sie wohl empfunden hatten, daß von den Fabrikanten freiwillig keine Zugeständnisse zu erlangen sind. Vor einigen Wochen haben sich nun auch die Schleifer, also die Plattenarbeiter, die zumeist nur ungelernete Arbeiter sind, dem Holzarbeiterverbande angeschlossen, und wird es in Zukunft hoffentlich gelingen, bessere Zustände in diesen Werkstätten herbeizuführen.

Freilich, auch die Arbeitgeber halten im Kampfe gegen die Arbeiter zusammen; sie haben sich schon seit langer Zeit gegenständig verständigt und darnach gehandelt. Deshalb ist es auch notwendig, daß die Arbeiter gemeinsame Sache machen und ihr Hab und Gut, ihre Arbeitskraft, so gut wie möglich zu wahren suchen. Aus der Uneinigkeit der Arbeiter ziehen nur die Fabrikherren den Nutzen, der Lohnsklave aber hat den Schaden, er leidet unter der Willkür seiner Vorgesetzten. Deshalb, Ihr Alabasterarbeiter, verflattet Euch nicht und berätet dem Herrn kein Verbandsverbot, sondern haltet fest zur Stange. Bleibt dem Verbande treu und wirkt für ihn, denn vereinzelt sind wir nichts, einig aber Alles. Dann können wir auch die geplanten Angriffe der Unternehmer abwehren. Den Kollegen in den Ortsgassen außerhalb Berlins sowie im Reich rufen wir nun zum

Schluß noch zu: „Organisirt Euch auch und sucht Anschluß an uns durch dem Verband!“ Soll die Lage der Arbeiter dieser Branche gehoben werden, so muß allenthalben zur Organisation gegriffen werden. Alle Kollegen müssen gemeinsam an der Verbesserung dieses elenden Daseins mitwirken. Der Lohnrückerei und der Haß der Arbeiter gegeneinander muß Einhalt gethan werden. Unsere Sache ist eine gemeinsame Sache der Arbeiter aller Orte und Länder. Deshalb müssen wir uns mit den Kollegen allorts verständigen. Zu diesem Behufe ersuchen wir die Kollegen in den Verwaltungsstellen, die Alabasterarbeiter hierauf aufmerksam zu machen. Ohne Arbeit und Kampf kommen wir nicht zum Siegl!

Der Streik der Wiener Stockdrechsler und ihre Organisation.

Die Gewerkschaft der Wiener Stockdrechsler ist eine erprobte Kampforganisation. Seit ihrem Bestehen ist es nur selten vorgekommen, daß nicht in mindestens einer Werkstätte die Arbeiter im Streik standen. Von diesen partiellen Kämpfen erregten jedoch die wenigsten das Interesse der Öffentlichkeit. Die Stockdrechsler erlebten derlei kleinere Streiks sozusagen im eigenen Wirkungskreise, sie kamen für die erwachsenen Kosten aus ihren eigenen Mitteln auf. Anders steht es mit dem jetzigen Branchenstreik, durch den die Einführung des Neunstundentages erreicht werden soll. Der Widerstand der Unternehmer richtet sich diesmal nicht allein gegen die Forderungen der Arbeiter, sondern die Herren wollen überhaupt die gewerkschaftliche Organisation aus der Welt schaffen; sie erklären erklären klipp und klar: „Kein Arbeiter darf der Organisation angehören.“

Man begreift den Wunsch der Stockfabrikanten, wenn man die Organisation der Stockdrechsler etwas näher kennt. Sie ist ein Kind der ersten Maifeier. Bis zum Jahre 1890 gab es wohl einige wenige Stockdrechsler, die dem „Fachverein der Drechsler“ angehörten, sie führten jedoch ein ziemlich isolirtes Dasein, und auf die Masse ihrer Fachkollegen hatten sie so gut wie gar keinen Einfluß. Die großartige Masssbewegung im Jahre 1890 rüttelte nun auch die indifferenten Stockarbeiter auf. Sie traten zahlreich dem Fachverein bei, fanden jedoch im Nahmen desselben eine zu eng begrenzte Bewegungsfreiheit. Unter dem damals noch geltenden Ausnahmezustand war an die Gründung einer Gewerkschaft nicht zu denken, als Nothbehelf mußte daher die genossenschaftliche, die sogenannte „freie“ Organisation dienen. Dieser Organisation gegenüber war die Polizei machtlos, und zu einer Zeit, da Vereine polizeilich aufgelöst wurden, weil sie sich erlaubten, statistische Erhebungen zu pflegen, konnten die Stockdrechsler unter dem Schutze der konföderativen Gewerlegenenschaft zur Abführung einer regelmäßigen Steuer für den Dispositionsfonds erzogen werden. Allerdings wurden einzelne Genossen bei der Verabfolgung von Quittungsmarken beanstandet und wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. verurtheilt. Diese Abstrafungen konnten aber der Sache keinen Eintrag thun, und als nach Aufhebung des Ausnahmezustandes die Konstituierung der jetzigen Gewerkschaft im Herbst 1891 erfolgte, war bereits ein Stod von geschulten Gewerkschaftlern vorhanden. Die freie Organisation wurde übrigens aufrecht erhalten, sie besteht noch bis heute. Man kann ja in Oesterreich niemals wissen, welcher Wind in der Zukunft wehen wird.

In den Wiener Stockdrechslerbetrieben sind ungefähr 680 bis 700 Arbeiter beschäftigt. Von diesen gehören gegenwärtig circa 630 der Organisation an. Der Wochenbeitrag für die Gewerkschaft beträgt 15 Kr., die Steuer für den Dispositionsfonds ebenfalls 15 Kr. Die Ablieferung dieser Steuer hat sich so fest eingebürgert, daß schon seit Jahren kein einziges Gewerkschaftsmitglied darauf vergißt, mit dem Gewerkschaftsbeitrag zugleich die Steuer abzuliefern. Von den Beiträgen für den Dispositionsfonds fließen je 3 Kr. in eine Kasse, deren Mittel zur Aushilfe für durch Unglücksfälle betroffene Genossen, zu Parteizwecken und zur Unterstützung fremder Streiks verwendet werden. Durch diese Einrichtung ist es möglich, für die genannten Zwecke auch größere Summen zu verausgaben, ohne erst die Arbeiter in den Werkstätten mit Extraumlagen belastigen zu müssen. Im Uebrigen dient der Dispositionsfonds ausschließlich zur Unterstützung von Streikenden und Gemäßigten. Seit dem neunjährigen Bestande der Gewerkschaft wurden für dieselbe rund fl. 26000 aufgebracht, für den Dispositionsfonds wurde ungefähr ebenso viel gesammelt.

Das Thätigkeitsgebiet der Gewerkschaft umfaßt hauptsächlich die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitsvermittlung. Nach halbjähriger Karenzzeit bekommt das Mitglied im Falle der Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung von fl. 4, und zwar bis zur Höhe von fl. 24 pro Jahr. Dieses Erforderniß an Unterstützungsgebern wurde durch die Mitgliedsbeiträge ziemlich gedeckt, nur im Jahre 1894, als in der Stockbranche eine große Krise ausgebrochen war, mußte die Unterstützung einige Monate hindurch auf fl. 2 und selbst auf fl. 1 herabgesetzt werden. Die Arbeitsvermittlung ist sehr gut ausgebaut, ja, sie bildet gewissermaßen das Rückgrat der Organisation. Die Gewerkschaftsmitglieder arbeiten unter keinen Umständen mit einem neuen Arbeiter, der nicht durch eine Legitimation sich darüber ausweisen kann, daß ihm der betreffende Posten durch die gewerkschaftliche Vermittlung zugewiesen wurde. Dadurch wurde nicht nur das schädliche Umfragen um Arbeit nahezu gänzlich abgeschafft, sondern die unorganisirten Stockdrechsler sahen sich gezwungen, der Organisation beizutreten, wenn sie nicht riskiren wollten, im Falle ihrer Arbeitslosigkeit bloß auf jene wenigen Posten angewiesen zu sein, welche die unorganisirten Werkstätten zu vergeben haben. Diese Werkstätten waren noch dazu durchaus nicht die besten, und ihre Zahl verminderte sich von Jahr zu Jahr. Natürlich waren die Arbeitgeber von dem „Terrorismus“, der da ausgeübt wurde, nicht sonderlich erbaut. Es kam wiederholt zu Maßregelungen und im Jahre 1896 führte eine solche Maßregelung sogar zu einem Branchenstreik. Der Vertrauensmann der Werkstätte Bergibel wurde plötzlich entlassen, weil er einem neu aufgenommenen Arbeiter die Legitimation abverlangte. Die bei Herrn Bergibel beschäftigten Arbeiter traten daraufhin in den Streik. Der Meisterverein dieser Branche verhängte über sie den Bann. Sie sollten innerhalb eines halben Jahres in keiner einzigen Werkstätte Aufnahme finden. Die Stockarbeiter machten kurzen

Prozess. Sie stellten insgesamt die Arbeit ein und verharren so lange im Ausstand, bis die „Wohlfahrten“ untergebracht waren. Nach nicht ganz drei Wochen war dieser Erfolg erzielt. Heute haben die Unternehmer den Widerstand gegen die Arbeitsvermittlung schon lange aufgegeben, wenn sie auch von Zeit zu Zeit Miene machen, wieder rückfällig zu werden. Sie haben einsehen gelernt, daß sie mit Umgehung der gewerkschaftlichen Vermittlung keine Arbeiter, wenigstens keine brauchbaren, auf-treiben können, und obwohl auch eine genossenschaftliche Arbeitsvermittlung besteht, wenden sie sich doch im Bedarfsfalle fast ausnahmslos an die erstere. Diese Erfolge waren allerdings nur möglich, weil die Stockdrechsler ein bemerkenswerther Korpsgeist beherrscht. Bezeichnend hierfür ist, daß z. B. jener Zergiebel'sche Vertrauensmann, durch dessen Maßregelung der letzte Branchenstreik verursacht wurde, heute in der größten Wiener Stockfabrik den Posten eines Werkführers bekleidet. Er hat seine Gesinnung nicht im Geringsten geändert und trotzdem ist sein Chef mit ihm sehr zufrieden. Die Stockdrechsler sind eben vom Werkführer bis zum „letzten Hausknecht“ — um im Jargon der Herren Unternehmer zu reden — durchaus „Krafthler“.

Die Heranbildung solcher „Krafthler“ wurde durch die vielen Werkstättenstreiks ungemein begünstigt. Auf den ersten Blick wird man es vielleicht für eine unfluge Zerplitterung der Mittel und Kräfte halten, wenn man hört, daß die Stockdrechsler fast ihren ganzen Dispositionsfonds für solche Werkstättenstreiks verausgaben. Bei den eigentümlichen Produktionsverhältnissen in der Stockbranche ist jedoch der Guerillakampf die allein anwendbare Streikart. In der Stockdrechslererei finden wir die verschiedenartigsten Produktionsformen vertreten. Es giebt große und kleine Betriebe, Werkstätten, in welchen nur Fußdrehbänke anzutreffen sind, Fabriken mit Dampf- oder elektrischen Motoren; in einem Betriebe ist die weitestgehende Arbeitsteilung eingeführt, in dem anderen muß der Arbeiter den Stock aus dem Rohmaterial vollständig fertigmachen; dazu hat fast jeder Betrieb seine speziellen Stockmuster, in jedem Betriebe wird die Waare mehr oder weniger apart ausgeführt usw. Die Aufstellung eines allgemeinen gültigen Preistarifs ist daher vollständig ausgeschlossen; auch würde ein solcher Tarif nur vorübergehenden Werth haben, da die Stockdrechslererei ein Modegeschäft ist und die einzelnen Stockmuster fortwährend durch andere, neue Muster ersetzt werden. Am praktischsten wäre da allerdings die Einführung des Zeitlohnes. Die Zahl der Wochenarbeiter hat sich auch in der Stockbranche successive vermehrt. Aber auch der Zeitlohn hat seine Nachteile: Der Arbeiter hat weniger Gelegenheit, die günstige Saison auszunützen; er wird zwar während derselben zu forcirtem Arbeiten angehalten, eine Lohnerhöhung wird ihm aber mit dem Hinweis auf die größere Mühe während der schlechten Saison in den meisten Fällen verweigert, obwohl er, wenn wenig zu thun ist, geradezu zum Aussetzen gezwungen ist, wie der Schildarbeiter. Die Gründe, welche die allgemeine Einführung des Zeitlohnes mindestens bedenklich erscheinen lassen, können demnach nicht ganz von der Hand gewiesen werden.

Aus dem Gesagten geht wohl zur Genüge hervor, daß jeder einzelne Stockdrechsler sich unausgesetzt seiner Haut wehren muß. Die Organisation kann daher ihre Aufgabe, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, nur dadurch erfüllen, daß sie, wenn notwendig, jeden individuellen Fall zu einer Angelegenheit der Gesamtheit macht. Nur auf diese Weise ist eine Ausmerzung der Uebelstände zu erzielen. Es ist klar, daß die Lösung dieser Aufgabe keine leichte ist. Sie ist nur möglich, wenn jeder einzelne Arbeiter mit der Leitung der Organisation in engster Fühlung steht. Diese Fühlung wird durch die Werkstätten-Vertrauensmänner hergestellt, die verpflichtet sind, allmonatlich mindestens eine Werkstättenbesprechung abzuhalten. Alles, was ein Eingreifen der Organisation bedingt, wird auf dem schnellsten Wege der Organisationsleitung, eventuell der gesamten Branche mitgeteilt, worauf die entsprechenden Maßnahmen zur Abstellung des etwaigen Uebelstandes getroffen werden. Diese Maßnahmen haben sich in der Stockbranche fast ausschließlich auf die Abwehr von Angriffen seitens der Unternehmer beschränkt. Die bisher geführten Werkstättenstreiks waren mit wenigen Ausnahmen Abwehrstreiks. Sie endeten zumeist mit einem Erfolge für die Arbeiter; der eigentliche Erfolg dieser Streiks lag aber in der Erziehung von selbstständig und zielbewußt handelnden Arbeitern. Dieser gewissermaßen pädagogische Erfolg hatte ganz unmerklich eine Verbesserung der Verhältnisse herbeigeführt. Ohne jede Auffsehen erregende Aktion haben es die Stockdrechsler erreicht, daß sie heute unter viel günstigeren Bedingungen arbeiten, als vor dem Ausbruch der Organisation.

Die hier geschilderte Taktik, so praktisch sie sich bisher erwiesen hat, war zur Erringung des Neunstundentages nicht anwendbar. Die Unternehmer hatten die bisherigen Fortschritte der Organisation mit steigendem Groll verfolgt. Sie warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um die Macht der Organisation zu brechen. Hätten nun die Stockdrechsler die Einführung des Neunstundentages fabrikmäßig angebahnt, so hätten dies die Unternehmer für eine Schwäche der Organisation ausgelegt; sie hätten vermuthet, daß die Arbeiter vor einem Branchenstreik zurückzucken, und gerade aus diesen Gründen wären sie mit einer Ausperrung vorgegangen. Die Einführung des Neunstundentages ist jedoch in der Stockbranche unbedingt notwendig, wenn die bereits erzielten Erfolge nicht wieder verloren gehen sollen. Die Gründe, die hierfür sprechen, wollen wir an dieser Stelle nicht näher erörtern, da uns dies zu weit führen würde. Die Stockdrechsler legen also ihre Forderungen den Unternehmern vor. Der Meisterverein beschloß die unbedingte Ablehnung, und es blieb den Arbeitern kein anderer Ausweg als der Branchenstreik. Zur Stunde haben 39 Unternehmer, welche zusammen 207 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen bewilligt. Alle übrigen Stockdrechsler, im Ganzen 467 Personen, stehen seit 30. Oktober im Streik. Die Meister streikten vor einigen Tagen den Beschluß, die Streikenden bis zum 4. Dezember auszusperrn. Auch dann wollen sie ihre Werkstätten nur unter folgenden Bedingungen öffnen: 1. Kein Arbeiter darf der Organisation angehören. 2. Normale Arbeitsdauer zehn Stunden mit viertelstündiger Frühstück- und Nachmittagspause. 3. Ältere verdienstvolle Arbeiter, die sich selbstständig als Meister etablieren wollen, erhalten unter Zuzugung stütziger Arbeit Drehbänke, Werkzeuge u. unter vom Meisterverein näher zu erfahrenden Bedingungen. 4. Arbeiter aus Provinzen erhalten die Reisekosten vergütet, wenn dieselben acceptirt werden. Die übrigen Punkte sind von weniger allgemeinem Interesse. Fünf Unternehmer, welche den Arbeitern bereits Zugeständnisse gemacht haben, wurden, nebenbei bemerkt, vom Meisterverein ausgeschlossen.

In diesem Kampfe handelt es sich also jetzt um Sein oder Nichtsein der Organisation. Die Stockdrechsler werden ihren Mann stellen. Sie eruchen nur ihre Arbeitsbrüder um thätigkeitsvolle Unterstützung. Ihre Vergangenheit bietet die Garantie, daß sie für die ihnen zu Theil gewordene Hilfe sich dankbar erweisen werden.
Wien, 12. November 1899. A. Aufobsky.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

In Nr. 12 vom 20. März 1898 dieser Zeitung, kurz vor Zusammentritt des Verbandstages, habe ich mich dahingehend geäußert, daß ich persönlich zwar für Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei, daß ich mir aber keinen nughbringenden Erfolg von derselben in den kleinen Zahlstellen verspreche, daß vielmehr für diese die Einführung eines Zuschusses bei andauernden Krankheiten weit mehr agitatorisch wirken würde. Meine Ansicht ging dahin, daß beide Unterstützungszweige für den Verband von gleich wichtiger Bedeutung seien, und daß der eine oder der andere sich bei einem Gesamtbeitrag von 35-40 % pro Woche gut einführen ließe. Seither ist Vieles geschrieben über Vortheile und Nachteile der Arbeitslosenunterstützung, ohne daß es jeither den Befürwortern derselben gelungen wäre, für die einheitliche Durchführbarkeit derselben stichhaltige Beweise zu erbringen. Die Befürworter haben sich lebhaft damit beholfen, der Kollegenchaft klar zu machen, daß man mit einer geringen Beitragserhöhung von 8-10 % die Arbeitslosenunterstützung einführen könne. Würden sich jedoch die betreffenden Kollegen daran erinnern, daß alle statistischen Aufnahmen über Arbeitslosigkeit weit hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleiben, so würden sie auch wohl selber zugeben, daß all ihre künstlich aufgestellten Berechnungen jeder genaueren Unterlage entbehren. Daraus geht aber auch zur Genüge hervor, daß es mit der Einführung mittelst eines 8- oder 10 %-Beitrags nichts ist, um so weniger, als jeither die nöthigen Verwaltungskosten garnicht in Rechnung gezogen sind.

Mehr noch mit Ihren Behauptungen als die Befürworter haben indeß die Gegner der Arbeitslosenunterstützung, indem sie meistens die Behauptung aufstellen, der Verband verliere durch Einführung von derartigen Unterstützungszweigen seinen Kampfcharakter. Daß solche Behauptungen ganz unbegründet sind, beweisen uns am besten die Organisationen der Buchdrucker, Bildhauer usw. Diese haben trotz der vielen Unterstützungszweige schon weit mehr Vortheile im Arbeitsverhältnis als wir errungen und, was die Hauptfrage ist (wohl gerade infolge der aus den Unterstützungszweigen sich bildenden Kraft), auch auf die Dauer zu erhalten vermocht. Die ablehnende Haltung eines Theiles unserer Kollegen (mit Ausnahme der kleineren Zahlstellen) ist also nach meiner Ansicht vollständig unbegründet geblieben. Andererseits entbehrt bis jetzt die einheitliche Durchführbarkeit jeder annehmbaren Begründung.

Um nun aber ein Hinderniß für die der Organisation einmal beigetretenen zu finden, das zugleich seine agitatorische Wirkung in den kleinen Ortschaften nicht vertragen würde, schlage ich vor, daß die Arbeitslosenunterstützung im Verbands nach dem Muster des Metallarbeiterverbandes unter folgenden Bedingungen obligatorisch eingeführt würde:

Mitgliedschaftsdauer	für männliche Mitglieder		für weibliche Mitglieder	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52 Wochen	1,-	6,-	50	3,-
104 "	1,17	7,-	58	3,50
156 "	1,33	8,-	67	4,-
208 "	1,50	9,-	75	4,50
260 "	1,67	10,-	83	5,-

Ortschaften mit weniger als 500 Berufskollegen ist es freigestellt, anstatt der Arbeitslosenunterstützungskasse bei einem Mehrbeitrag als jeither von 15 % wöchentlich sich bei gleichem Beitrag der eventuell zu gründenden Krankenzuschußkasse anzuschließen. Dieselbe gewährt nach einjähriger Mitgliedschaft in Krankheitsfällen:

- für die 5. und 6. Woche..... 2 M. 2
- " " 7., 8., 9. und 10. Woche..... 2 " 3
- " " 11., 12. und 13. Woche..... 2 " 5
- " " 14. und 15. Woche..... 2 " 6

Zusammen M. 43.
Für Mitglieder, welche noch keine fünf Jahre dem Verbands angehören, kann innerhalb eines Zwischenraumes von zwei Jahren eine weitere Unterstützung nicht gewährt werden, während Mitgliedern, welche fünf Jahre und länger dem Verbands angehören, eine solche nach Verfluß eines Jahres wieder verabsolgt wird. Beide Kassenzweige sind getrennt von den sonstigen Verbandsgeldern zu verwalten. Ueberrittsbestimmungen von einem Zweig zum anderen müssen festgestellt werden; außerdem muß es jedem einzelnen Mitgliede gestattet sein, sich bei den Unterstützungszweigen für dauernd anzuschließen.

Im von vornherein einen Fonds zu haben, würde es notwendig sein, daß die Unterstützung erst dann in Kraft tritt, nachdem der erhöhte Beitrag ein Jahr geleistet wurde. Daburch würde bei z. B. 50 000 Mitgliedern ein Grundkapital von M. 390 000 angeammelt, welches sich im zweiten und dritten Jahre bei günstiger Geschäftskonjunktur mit 10 pZt. Arbeitslosigkeit mindestens verdoppeln würde. Es wäre dann eine Garantie geboten, daß wir bei später eintretender schlechter Geschäftskonjunktur in der Lage wären, mit den jeitherigen Beitragsätzen alle Ansprüche der Arbeitslosen in jeitheriger Weise zu befriedigen.
Ich unterbreite diese meine Ansicht im Unterstützungswesen den Kollegen in der Hoffnung, daß bis zum nächsten Verbandstag die Sache sich genügend geklärt habe und der Verbandstag selbst ein Mittel finden möge, welches bezweckt, die einmal für den Verband gewonnenen Mitglieder denselben auch dauernd zu erhalten.

Freiburg i. S. S. Sauthoff.

Im Auftrage des Erfurter Gauborstandes unternahm ich vom 10. bis 13. und 19. und 20. November eine Vortrags-tour zwecks gründlicher Erörterung der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Die erste Versammlung zu Erfurt (Lüzelberg) war von circa 160 Kollegen besucht, die dem Referat mit höchstem Interesse folgten. Meine Ausführungen behandelten die Bedeutung der Streiks und des Unterstützungswesens inner-

halb der Gewerkschaften, das Letztere als Kampfmittel hervorhebend. Die Arbeitslosenunterstützung sei insbesondere geeignet, die Widerstandskraft der Arbeiter zu heben und der Organisation langjährige Mitglieder zu erhalten. Eingehend wurden die gegen diese Unterstützung erhobenen Bedenken untersucht und entkräftet und die Wirkungen der ersteren statistisch klar-gestellt. Die Frage, ob der Verband diese Unterstützung ein-führen könne, wurde im Sinne meiner Ansätze in Nr. 30 und 31 bejahend und ein Mehrbeitrag von 10 % pro Woche für ausreichend erachtet, um eine stufenweise Unterstützung von M. 6 bis 10, je nach 1 bis 5 jähriger Mitgliedschaft und 7 tägiger Arbeitslosigkeit auf die Dauer von 42 Tagen zu zahlen. Besonders wurde die Nothwendigkeit betont, durch ein Beeinflussungsmittel, auf die Arbeitslosen den rebellirenden Wirkungen der kommenden Depression entgegen zu arbeiten und die der Organisation alljährlich verloren gehenden Tausende von Mitgliedern ihren Vätern zu erhalten.

In Erfurt wurde die Diskussion wegen wichtiger Werkstätten-Vorkommnisse vertagt, wodurch es mir natürlich un-möglich wurde, ein Urtheil über die Stellungnahme oder Stim-mung der dortigen Kollegen zu bilden. In Weimar („Schweizerhaus“) waren circa 60 Personen anwesend. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhaft, anderthalbstündige Debatte, in welcher Freunde wie Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung mit Eifer stritten. Auch ein sog. prinzipieller Gegner kam zum Wort, der sich dagegen verwahrte, sich durch irgend welche Beweismittel von seinem strikte ablehnenden Stand-punkt abbringen zu lassen. Am meisten wurde über die Beitrags-erhöhung debattirt; aber fast alle Redner gaben zu, daß sich ein Groschen pro Woche mehr für die Organisation sehr wohl absparen lasse, und daß vorübergehende Verluste von Mitgliedern infolge Beitragserhöhung durch intensive Agitation wieder aus-zugleichen seien. Ein Beschluß wurde einer späteren Ver-sammlung vorbehalten. In Waltershausen mußte die Versammlung ausfallen und konnte auch eine andere dafür wegen der Kürze der Zeit nicht mehr anberaumt werden. In Mühlhausen i. Th. war die Versammlung (Eisenhardt's Restaurant) schlecht besucht (31 Personen); ein Vertagungs-antrag wegen des weniger agitatorischen Charakters des Vortrages wurde abgelehnt. In der Diskussion sprachen außer dem Re-ferenten ein Gegner und zwei Befürworter der Unterstützung. Kollege Werner verlangte, daß demnachst auch ein Korreferent an-genommen werden möge und griff die Redaktion der „Holz-arbeiter-Zeitung“ an, daß sie die Befürworter der Unterstützung unbeschränkt zu Wort kommen lasse, während sie das Eingekandt eines Gegners bedeutend gekürzt habe. Ihm wurde erwidert, daß sich dies höchstens auf bestimmte Ausführungen bezogen haben könnte, die nichts Neues enthalten. Im Uebrigen seien Freunde wie Gegner gleicherweise zum Wort gekommen. Ein Beschluß wurde auch hier nicht gefaßt, weil dies bei dem schwachen Besuch und dem öffentlichen Charakter der Ver-sammlung ausgeschlossen war.

Am 18. November sollte eine Versammlung in Franke-nhausen stattfinden; sie wurde jedoch aus Gründen, die mir unbekannt blieben, abgelaßt. Ich besahe dies speziell deshalb, weil die Frankenhäuser Kollegen nicht nur unter sehr niedrigen Durchschnittslöhnen (1897: M. 12,10 pro Woche), sondern auch unter regelmäßiger und erheblicher Arbeitslosigkeit (Knospfindustrie) zu leiden haben. Ihre Stellung zur Arbeitslosenunterstützung zu erforschen, war mir also von besonderem Interesse. Ich folgte dafür einer Einladung nach Aienburg (Gau Gera), wo sich ja 50 Kollegen eingefunden hatten. Die Debatte ge-staltete sich hier sehr lebhaft. Namentlich Kollege Abbler be-kämpfte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit allen aus der bisherigen Polemik bekannten Gründen. Um so eigen-artiger wirkte die Feststellung der Thatsache, daß die Altemburger Zahlstelle selbst seit längerer Zeit eine lokale Arbeitslosenunter-stützung eingeführt hat (M. 7 pro Woche bei sieben-tägiger Karenz für Verheirathete im Winter), zu welchem Zweck sie monatlich 20 % Extrabeitrag erhebt; von letzterem werden aber auch noch andere Ausgaben bestritten. Der Widerstand rebuzirte sich daher auf die Beitragserhöhung. Mit Recht wurde aber gefolgert, daß die Altemburger Kollegen eine Ein-richtung, die bei ihnen Gutes gewirkt, doch auch der gesamten Kollegenchaft zugänglich machen sollten. Wirsel bekräftigte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und wies auf den Bericht des Altemburger „Volkssblattes“ über die thüringische Metallarbeiterkonferenz hin, auf welcher konstatiert wurde, daß in allen Zahlstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes trotz der Beitragserhöhung „sonderbarer Weise“ ein Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen war. Die Diskussion wurde schließ-lich bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

In Eschwege (Sonntag, 19. November) hatten sich circa 25-30 Personen eingefunden. U. A. auch der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Hugo (Tabakarbeiter), der die Ausführungen des Referenten lebhaft unterstützte und die Anwesenden an die letzte Arbeitslosigkeit erinnerte, die Manche zwang, sich auf dem Rathhause zu demüthigen. Er behauptet, daß der einzige nennenswerthe Gegner der Arbeitslosenunterstützung in Eschwege, Kollege Koch, der während des Vortrages anwesend war, es vorgezogen habe, sich vor Beginn der Debatte aus nützigen Gründen zu entfernen. Die Versammlung beschloß nach kurzer Diskussion eine Resolution, wonach die Anwesenden sich ver-pflichten, im Sinne der Einführung der Arbeitslosenunter-stützung zu wirken.

In Sangerhausen („Schweizerhütte“) wohnten circa 40 Kollegen dem Vortrage bei. Da kein Gegner der Arbeits-losenunterstützung anwesend war, im Gegentheil konstatiert wurde, daß die Sangerhäuser Kollegen ihre Einführung nur lebhaft wünschen könnten, so kam es nicht zu gegenseitigen Auseinander-setzungen. Ein Beschluß soll in einer Mitgliederversammlung gefaßt werden.

Im Allgemeinen kann ich berichten, daß eine gründliche Debatte in allen berührten Orten nur günstig wirkte und manche der vorher bestandenen Vorurtheile zerstreut hat. Wenn auch Beschlüsse selten gefaßt, sondern gewöhnlich späteren Versamm-lungen vorbehalten wurden, woran u. A. auch die Abhaltung der Vorträge in öffentlichen Versammlungen die Schuld trug, so schlug doch die Stimmung während der Debatte in der Regel zu Gunsten der Einführung der Arbeitslosenunterstützung um, so daß ich mit den Erfahrungen dieser Vortrags-tour vollst auf-zufrieden sein kann.

Leipzig, den 21. November 1899. Paul Umbreit.

Die Zahlstelle Neumünster entschied sich mit 30 gegen 11 Stimmen für die Arbeitslosenunterstützung.

Eine Versammlung in Leisnig, in welcher ca. 50 Kollegen anwesend waren, entschied sich nach einem Vortrage des Kollegen P. U. m b r e i t - Leipzig für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahlstelle Worms, welche noch vor zwei Jahren gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung war, hat jetzt eine Resolution angenommen, in welcher gesagt ist, daß die Arbeitslosenunterstützung ein Mittel ist zur Hebung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Zahlstelle Bafewalk sprach sich sympathisch für die Arbeitslosenunterstützung aus.

Die Zahlstelle Wadnang erklärte sich in ihrer Versammlung am 11. November gegen die Einführung, da sie fürchtet, durch Erhöhung des Beitrages viele Mitglieder zu verlieren und keine neuen zu gewinnen.

Die Zahlstelle Hof beschloß nach einem Referat des Kollegen Fröschl in gleichem Sinne wie die Zahlstelle Wadnang, fügte aber weiter hinzu, daß der Verbandstag endgültig über die Frage nicht entscheiden könne, vielmehr eine U r a b s t i m m u n g vorgenommen werden müsse. Ferner möchten die Befürworter der Arbeitslosenunterstützung sich doch nicht so sehr auf den Metallarbeiterverband verlassen; von diesem könne man in Bezug auf den Erfolg durch die Arbeitslosenunterstützung in Hof ein Liedchen singen. (Warum wird nicht gesagt, um was es sich handelt? Die Red.)

Die Zahlstelle Herford lehnte nach einem Referat des Kollegen Wacker mit 14 gegen 13 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab.

Die Zahlstellen Barth a. d. Oisee und Aue erklärten sich aus den schon allgemein bekannten Gründen gleichfalls gegen die Einführung.

Die Zahlstelle Gelsenkirchen hat in einer gut besuchten Versammlung folgende Resolution einstimmig abgelehnt: „1. Die Zahlstelle Gelsenkirchen hält die Arbeitslosenunterstützung für ein Mittel, den Mitgliederbestand zu heben und die Situation derselben zu heben. 2. Als ein Mittel, die Kollegen auch moralisch zu heben, indem sie ihnen während der Arbeitslosigkeit einen Nischalt bietet und sie dadurch mit ihrer Organisation inniger verbindet. 3. Hält sie dadurch konsequenter Weise die Arbeitslosenunterstützung für eine Bedürfnisfrage, die auch der Holzarbeiter-Verband mit der Zeit einführen muß, wenn er überhaupt auf die Dauer bestehen will.“

Auf den ersten Blick erkennt man, daß die Verfechter der Arbeitslosenunterstützung in den großen, die Gegner aber in den kleineren Städten zu finden sind. Nicht mit Unrecht kämpfen die Letzteren gegen dieselbe, denn einen Nutzen haben sie nicht davon (verschwindende Ausnahmen giebt es auch), was doch jeder offene und ehrliche Anhänger derselben zugeben muß. Auch ist es bewiesen, daß, wo dieselbe eingeführt ist, sehr viele Mitglieder bloß der Unterstützung halber dabei sind. Es wird gefragt: in welchen? Wir führen den Porzellanarbeiterverband an. Hat doch der Vorsitzende desselben auf der diesjährigen Generalversammlung in Mubolstadt selbst gesagt: daß nun vier Tage über das Unterstützungswesen verhandelt worden wäre, und nun, da eine Frage der Aufklärung und des Kampfes, welche bei anderen Gewerkschaften an erster Stelle steht (die Vergrößerung des Verbandsorgans ist gemeint), verhandelt werden sollte, sei das Interesse geschwunden, und es scheine, als ob die Meisten bloß der Unterstützung halber dabei seien.

Ferner sind hier am Orte die Porzellanarbeiter ziemlich gut organisiert (das heißt der Zahl nach) und auch schon lange, doch an die Abschaffung der elfstündigen Arbeitszeit ist nicht zu denken; es wird sogar noch die Lampe und das Öl zur Lichtarbeit gekauft. Es wird nun behauptet, daß die Mitglieder selber an den Verband getreten und die Mitgliederzahl größer wird. Ja, in den großen Städten, das glauben wir! Daß die Zahlstellen in den kleineren Orten nicht gleich verschwinden, ist wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß die Kollegen schon zu weit weggeklärt sind und nicht deshalb gleich die Hände ins Korn werfen. Man darf nicht glauben, daß, wenn sie morgen eingeführt würde, wir übermorgen ausstreiten; das würden wir nicht thun; aber daß wir uns gegen eine Steuer, die uns nur belastet, wehren, kann uns wahrlich Niemand verargen.

Die Arbeitslosenunterstützung würde in erster Linie den Saisonarbeitern der großen Städte zu Gute kommen, doch verlockend ist sie auch da nicht, und die Kollegen der kleineren Orte müssen ihr Herzblut opfern. Glaubt nur, daß es schwer, sehr schwer ist, bei Löhnen von M. 12-15, wie sie noch vorkommen, eine Familie zu ernähren und noch wöchentlich 30 M für den Verband zu zahlen, ohne die Ausgaben für Parteipresse usw. Wir sind eine Kampforganisation und wollen sie auch bleiben, bis wir halbwegs günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen haben. Ihr habt vielfach 9stündige Arbeitszeiten, wir noch hellenwache 11stündige. Kommt darin den Kollegen der kleineren Orte zur Hilfe! Werden eine Zeit lang die Kräfte für dieselben verbraucht, so wird es auch bei uns besser werden, und wir werden mit uns reden lassen. Die große Aufnahme und massenhafter Auszug werden auch noch bleiben, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, das liegt an den Verhältnissen. Kommt zum Beispiel in Osnabrück, mit dem gar nichts anzufangen ist, in eine Fabrik, wo die Arbeiter organisiert sind, läßt er sich auch aufnehmen, er wird nicht so leicht gezwungen: kommt er wieder wo anders hin, so es verhält. Hier gibt es aufzustehen und zu kämpfen, denn Solche gibt es auch genug in den großen Städten, wo sich die Kollegen untereinander gar nicht kennen. Soll die Arbeitslosenunterstützung aber durchwegs eingeführt werden, so verlor man es um der künftigen Beitragszahlung und eben solcher Unterstützung. Es wird dadurch der Wunsch mancher Anhänger erfüllt, und die kleinen Orte werden nicht so sehr belastet, es fallen können sie in einer niedrigen Klasse verbleiben, wie es über die Arbeiter gesagt ist. Liegen, überlegt es Euch rechtlich, aber nicht ohne Bedenken, daß es einer großen Zahl der deutschen Holzarbeiter zur Unterstützung noch, ferner dem Verbandsorgan.

Die Credemalung Eisenberg (E.-A.). J. A.: Moritz Sider.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

An Stelle des infolge Abreise aus dem Verbandsvorstand ausgetretenen Mitgliedes Benedikt Knörle, Schreiner, ist in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart am 18. November das Mitglied Heinrich Waldmann, Drechsler, als Vertreter gewählt worden.

In den letzten Wochen war der Verbandsvorstand wiederholt gezwungen, ausgebrochenen Streiks die Unterstützung zu verweigern, welche Thatsache uns veranlaßt, alle Mitglieder an dieser Stelle eindringlich zu größerer Vorsicht und Ueberlegung bei Arbeitsseinstellungen zu ermahnen. Wir nehmen hier Bezug auf die vom Vorstand herausgegebenen „Anweisungen, betreffend das Verhalten bei Streiks,“ worin u. A. Folgendes ausgeführt ist:

Die vielfach auftauchende Ansicht, daß jeder Abwehrstreik als solcher von vornherein berechtigt sei und deshalb in jedem Falle die Unterstützung des Verbandes finden müsse, ist unrichtig. Die Arbeitsseinstellung ist, auch im Falle eines Abwehrstreiks, nur dann wirklich gerechtfertigt, wenn dadurch ein gewollter Zweck erreicht werden kann. Und nach dieser Seite ist die Frage gerade bei jedem Abwehrstreik streng zu prüfen. Die Thatsache, daß trotz der angewendeten Erfahrungen, trotz der Schulung der Verbandsmitglieder im Laufe der Jahre, dennoch alljährlich die Hälfte der Abwehrstreiks verloren geht, ist Beweis dafür, daß die Unternehmer nur in einer Zeitperiode und bei Anlässen, welche ihnen von vornherein günstig sind, mit solchen Maßregeln vorgehen, welche eine Abwehr seitens der Arbeiter provozieren. Befinden sich Letztere aber von vornherein im Nachtheil, was besonders bei flauem Geschäftsgang und reichlichem Angebot von Arbeitskräften der Fall ist, so ist ein Streik immer äußerst gewagt und meistens am Tage des Beginnes bereits verloren.

Aus den im Vorstehenden angedeuteten Gründen schreibt auch das Streikreglement des Verbandes vor, daß, ebenso wie bei Angriffstreiks, auch bei jedem Abwehrstreik die Zustimmung des Verbandsvorstandes vor der Arbeitsseinstellung einzuholen ist. Die Lokalverwaltungen haben deshalb die Zahlstellenmitglieder stets darauf aufmerksam zu machen, daß eine eigenmächtige, sofortige Arbeitsniederlegung nicht zulässig ist, sondern diese erst dann erfolgen darf, wenn die Lokalverwaltung und der Verbandsvorstand darüber entscheiden konnten. Selbst in außerordentlichen Fällen, wo ganz bringender Gründe wegen eine vorherige Entscheidung des Verbandsvorstandes nicht abgewartet werden kann, muß mindestens die Lokalverwaltung vor der Arbeitsniederlegung ihre Genehmigung erteilt und die Verantwortung vor dem Vorstand übernommen haben.

Der Zweck dieser Ausführungen ist, den Mitgliedern klar zu machen, daß eine Arbeitsseinstellung nur dann den Namen Streik verdient und als solche vom Verband unterstützt werden kann, wenn einmal überhaupt die Möglichkeit eines Erfolges vorliegt, und die Arbeitsseinstellung von den Beteiligten im vollen Bewußtsein ihrer Handlung, und nachdem sie sich von der Möglichkeit des Erfolges überzeugt haben, erfolgte, und wenn vor allen Dingen ferner kein anderes Mittel als der Streik zur Erreichung des Zweckes mehr übrig ist.

In Nachfolgendem einige Beispiele aus der jüngsten Zeit: 1. In einem Betriebe, welcher eine größere Anzahl Metallarbeiter und Holzarbeiter beschäftigt, werden einige Metallarbeiter entlassen, welche Entlassung von den Uebrigen als Maßregel angesehen wird. Von sämtlichen Metallarbeitern sind aber nur drei vollberechtigte Verbandsmitglieder, während alle Uebrigen vom Verband keine Streikunterstützung erhalten können. Trotzdem stimmen auch unsere Holzarbeiter blindlings für den Streik, welcher alsdann selbstverständlich vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes und ebenso darauf von uns abgelehnt werden mußte.

In diesem Falle war die Arbeitsniederlegung der Holzarbeiter zwecklos, weil der Streik der Metallarbeiter von vornherein aussichtslos war, indem ihnen der Rückhalt der Organisation und deren finanzielle Hilfe fehlte.

2. Bei einem Unternehmer, welcher hauptsächlich einen höchst einfachen Artikel produziert und dazu nur wenig gelehrte Tischler nötig hat, entstehen Schwierigkeiten unter den Arbeitern, welche zu der Forderung Anlaß geben, einen mißliebigen gewordenen Nebenkollegen zu entlassen. Als der Unternehmer sich dessen weigert, legt ein Drittel der beschäftigten Arbeiter ohne Weiteres die Arbeit nieder. Nachträglich wenden sie sich an den Verband, dessen Intervention vor der Arbeitsseinstellung zweifellos zum Erfolg geführt hätte; der es nun aber entschieden ablehnen mußte, für diesen ohne sein Wissen inszenierten, zweck- und aussichtslosen „Streik“ die Kosten zu tragen. An dieser notwendigen Stellungnahme des Vorstandes konnte auch die Thatsache nichts ändern, daß der Unternehmer die Ausschüßigen nachträglich nur unter der Bedingung wieder einzustellen sich bereit erklärte, wenn sie aus dem Verband austreten würden.

Letzteres Verlangen des Unternehmers war lediglich die Folge des unklugen Vorgehens der Arbeiter und konnte den

Streik nicht zu einem solchen stempeln, der nun wegen des „Angriffes auf die Organisation“ hätte unterstützt werden müssen. Hätten die Kollegen sich rechtzeitig mit ihren Beschwerden an die Organisation gewendet und dieser die Möglichkeit gegeben, vor der Arbeitsniederlegung mit dem Fabrikanten zu unterhandeln, so wäre dieser Streik mit seinen unglücklichen Folgen für den Verband und für die Beteiligten vermieden worden.

3. Im dritten Falle handelt es sich um eine Firma mit ca. 20 Arbeitern, wovon 3 Verbandsmitglieder. Die Behandlung von Seiten des Unternehmers läßt zu wünschen übrig und bringt die Arbeiter auf den Gedanken, dagegen aufzutreten. So schnell der Plan entstanden, wird er auch ausgeführt, d. h. eine Anzahl Forderungen aufgestellt und nach deren Ablehnung sofort die Arbeit niedergelegt. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten bleibt aber stehen und auch dieser „Streik“ ist von vornherein verloren.

Auf einen solchen Streik, von Unorganisierten inszeniert, die erst am Tage der Arbeitsseinstellung dem Verband beitreten, kann der Verband sich in jegiger Zeit nicht mehr einlassen. Die Unterstützung mußte ferner auch aus dem besonderen Grunde rüdnweg verweigert werden, weil die Vorarbeiten als auch die Arbeitsniederlegung selbst ohne Kenntniß der Lokalverwaltung — ebenso natürlich des Verbandsvorstandes — erfolgt waren.

4. In einem Betrieb entstehen Differenzen mit dem Werkführer. Eine Kommission der Arbeiter wird beim Unternehmer deswegen vorstellig und erhält den Bescheid, noch einige Tage zu warten, bis der Unternehmer mehr Zeit zur Erörterung der Beschwerde habe. Die Arbeiter jedoch stellen darauf sofort die Arbeit ein und melden sich alsdann als „Streikende“ beim Verband. Auch ihnen wurde vom Verbandsvorstand die Unterstützung verweigert.

Die Kollegen hätten dem Unternehmer, zumal derselbe soeben erst von der Kasse zurückgekehrt war, auf jeden Fall die gewünschte Frist gewähren, außerdem aber auch die Lokalverwaltung des Verbandes in Kenntniß setzen und alsdann zunächst den Ablauf der Frist abwarten müssen. Die Arbeitsseinstellung hätte allerdings auch dann noch vermieden werden müssen, und zwar deswegen, weil über die Hälfte der Beteiligten dem Verband fern stand und sonach keine Unterstützung zu erwarten hatte. Durch den Eintritt in den Verband nach erfolgter Arbeitsseinstellung haben vorher Unorganisierte in solchen Fällen das Anrecht auf Unterstützung keineswegs schon erworben.

Die Liste solcher Einzelfälle könnte von uns noch weiter fortgesetzt werden. Die angeführten werden jedoch genügen, um den Mitgliedern zu zeigen, wie ein Streik nicht inszeniert werden darf, und hoffentlich auch dazu beitragen, daß die Mitglieder fortan sich an solchen unüberlegten Handlungen nicht beteiligen. Es handelt sich dabei nicht bloß darum, die großen Summen zu ersparen, welche eventuell für solche Streiks aus den Beiträgen der Mitglieder verwendet werden müßten — ganz abgesehen von den persönlichen Opfern, welche die Beteiligten außerdem noch tragen müssen —, vielmehr kommt das Ansehen des Verbandes direkt in Frage, welches unbedingt Einbuße erleiden würde, wenn derartige übereilte und nutzlose Streiks, deren Ursache obendrein vielleicht noch anfechtbar ist, stets zur Verbandsache gemacht werden sollten.

Wir fordern deshalb die Mitglieder dringend auf, in Zukunft mehr an den Bestimmungen unseres Streikreglements festzuhalten und dadurch sich und den Verband vor Schaden zu bewahren.

An die Zahlstellenverwaltungen richten wir das Ersuchen, in den nächsten Mitgliederversammlungen auf diese Bekanntmachung besonders aufmerksam zu machen.

Stuttgart, 25. November 1899.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

6. Gau. Vorort Berlin.

Am 27. und 28. Dezember d. J. findet in Berlin, im Lokale des Herrn Mann, Straußbergerstraße 3, die zweite Gaufonferenz statt. Der Gauvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor: 1. Kasienbericht und Bericht des Gauvorstandes; 2. Diskussion; 3. die Arbeitslosenunterstützung; 4. Agitation; 5. Anträge der einzelnen Zahlstellen.

Der Gauvorstand ersucht nun, in den Mitgliederversammlungen die Wahl von Delegierten vorzunehmen und dem Unterzeichneten die Namen derselben und die etwa zu stellenden Anträge rechtzeitig einzusenden.

Nicht jeder einzelnen Zahlstelle ist, auf der Gaufonferenz vertreten zu sein.

Mit Gruß

J. A.: Franz Stufche, Berlin, Olivaerstraße 20, v. 3.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Das Zirkular, die „Arbeitslosenunterstützung“ betreffend, werden die Zahlstellen alle erhalten haben. In demselben wurde auch bekannt gegeben, daß am 7. Januar 1900 im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart der Gaugtag stattfindet. Die Kollegen wollen jetzt schon die Vorbereitungen hierzu treffen. Besonders wünschen wir, daß der Situationsfragebogen, welchen wir nächste Woche versenden, umgehend beantwortet wird. Alles Nähere erfolgt durch eine spätere Bekanntmachung.

Der Gauvorstand. J. A.: G. Raub.

Korrespondenzen.

Wamberg. Schon seit einigen Jahren sind die hiesigen Tischler an der Verbesserung ihrer Verhältnisse thätig, jedoch ohne Erfolg. Im Frühjahr laufenden Jahres wurde von Seiten der hiesigen Zahlstelle zweimal ein Schreiben an den hier bestehenden „Arbeiterklub“ (jetzt sich christlicher Holzarbeiterverband nennend) gerichtet, um die Lage der hiesigen Holzarbeiter gemeinschaftlich zu verbessern; aber leider scheuten diese Herren, wie auch größtenteils in anderen Städten, das Licht und suchten im Dunkeln zu fischen, um ja nicht mit dem Unternehmertum in Unannehmlichkeiten zu geraten. Da die Verhältnisse der Müller'schen Möbelfabrik sich jedoch immer verschlechterten, besonders in der Vereinbarung der Akkorde, sahen vor mehreren Wochen sich die Tischler genannter Fabrik veranlaßt, eigenmächtig vorzugehen. Durch Abhaltung einiger Werkstättenversammlungen, in welchen sich auch Tischhauer, Drechsler, Maschinenarbeiter, Tapezierer usw. mit den Tischlern solidarisch erklärten, wurden an Herrn Müller folgende Forderungen gestellt: 1. Abschaffung der Akkordarbeit. 2. Zehnprozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter. 3. Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche ohne Abzug. Es hatten diese Forderungen guten Erfolg. Herr Müller sah, daß es ernst wurde und genehmigte die zweite und dritte Forderung sofort; jedoch bei Abschaffung der Akkordarbeit wurde eine sechswöchige Probezeit eingefügt, welche auch von den Arbeitern anerkannt wurde, weil dadurch ein Streik vermieden werden konnte. Hierbei sei bemerkt, daß nach Bekanntwerden der bewilligten Forderungen seitens des Herrn Müller sich sofort die organisierten Kollegen der Bau- und Möbelschreinerie des Herrn Sack dahin einigten, dieselben Forderungen durchzubringen, was ihnen auch gelungen ist. Nach Verlauf der Probezeit trat die Kommission an Herrn Müller heran, um eine Festlegung der Lohnarbeit zu bewerkstelligen, wozu jedoch die Kommission nicht im Stande war, wenn nicht doch ein Streik ausbrechen sollte. Es wurden dann mit Hilfe unseres Gauvorstehers, Kollegen Stein aus Nürnberg, folgende Vereinbarungen getroffen: 1. Verhinderung der Akkordarbeit, mit Garantie des vollen Tagelohns; Nichtübertragung eines entstandenen Defizits auf den neuen Akkord. 2. Aufbesserung der schlechten Akkordsätze den jetzigen Lohnverhältnissen entsprechend. Verkürzung der Arbeitszeit, welche bisher 60 Stunden pro Woche währte, auf 58 Stunden, ohne Abzug des früheren Lohnes, und eine Lohnerhöhung von 10 pZt. an alle Arbeiter. Um die Errungenschaften jedoch hoch zu halten, ist es notwendig, daß die Kollegen fest und treu zusammenhalten, die Mitgliederversammlungen fleißig besuchen und dafür sorgen, daß die dem Holzarbeiter-Verbande noch fern stehenden Kollegen aufgemuntert werden, sich demselben anzuschließen, dann wird auch Wamberg mit den Verhältnissen anderer Städte auf gleicher Stufe stehen.

Bromberg. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte unter großem Beifall Kollege Linden-Königsberg über „Zweck und Ziele unseres Verbandes“. Auch ein Hirsch-Dunckeraner glaubte, in der Diskussion die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu müssen, einige neue Harmonieapostel zu werben. Er betonte besonders, daß einzelne Zahlstellen, so auch Bromberg, kein Geld haben, um die Reiseunterstützung auszu zahlen zu können (Ist denn Bienenmilch nicht heimgeleuchtet?), aber für Streiks ist Geld da. Sie, die Gewerkschafter, seien keine Streikvereine. Das glaubt den Aposteln schon Jeder, ohne besondere Bedenken; wer kriecht, bettelt, Schamzettel kann allerdings nicht fordern, und wer nicht fordert, bekommt nichts. Werfen wir also diesen Harmonieaposteln zu den Hebräern. Der Kassierer belehrte den Windbeutel, daß in der Bromberger Zahlstelle immer M. 20 und mehr vorhanden seien, wenn auch die Abrechnung abgehandelt sei.

Freising. In der kürzlich stattgefundenen Monatsversammlung referierte Kollege Ertl aus München über das Thema: „Was lehrt uns die letzte Statistik?“ Redner forderte nach seinem zweistündigen Vortrage die Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ließen in Freising noch viel zu wünschen übrig, wie die Tabellen in den Resultaten der statistischen Erhebung, Seite 38-39, deutlich zeigten. Für die Freisinger Kollegen sei die Organisation kein Luxus. Gerade die ältesten Arbeiter erfahren an ihrem eigenen Leibe die Folgen der Organisationslosigkeit. Was liegt einem Arbeitgeber daran, einen Familienvater nach 13jähriger Thätigkeit auf's Pfahler zu werfen, unbekümmert darum, ob dessen Familie hungern muß! Ginein in den Verband! Alle wollen wir helfen, daß es besser werde!

Fürstenwalde. Seit Januar 1899 besteht hier eine Firma Lewinsohn & Co., in deren Fabrik Bauarbeit und Küchenmöbel angefertigt werden. Da dies die erste Firma in dieser Spezialbranche hier am Orte ist, hatten es sich die hiesigen organisierten Kollegen zur Pflicht gemacht, dieselbe scharf zu beobachten. So war es auch gelungen, einen guten Stamm hinein zu bekommen. Daß diese Vorsicht nicht umsonst war, sollten wir bald kennen lernen. Schon im Juni kam es zu Streitigkeiten betreffs der niedrigen Akkordlöhne, die aber auf gutlichem Wege beigelegt wurden. Mitte September kam es abermals zu Streitigkeiten, die einen erneuten Verlauf nahmen. Es handelte sich wieder um niedrige Akkordpreise. Obgleich wir es versuchten, auf gutlichem Wege einig zu werden, scheiterte dies an der Halsstarrigkeit des Werkführers. So kam es, daß sämtliche Kollegen die Arbeit niederlegten. Da nun der Werkführer sah, daß es uns ernst war mit unseren Forderungen, bewilligte er dieselben, ehe wir die Fabrik verließen. Jedoch wollte er, wie der rasende See, sein Opfer haben: er entließ Kollegen. Dies brachte Erbitterung unter den Kollegen hervor; sie forderten einmütig die Wiedereinstellung derselben. In dieser Streitigkeit wurde uns vom Gauvorstand der Kollege Gähz zur Seite gestellt. Dieser leitete die Verhandlungen, welche uns den gewünschten Erfolg brachten. Jedoch wollen wir noch bemerken, daß in anderen Werkstätten Fürstenwaldes die zehnstündige Arbeitszeit üblich ist, während in der Fabrik nur neun Stunden gearbeitet wird. Da nun der Winter herannahte, glaubten die Herren Werkführer, sich etwas herauszunehmen zu dürfen und verlangten die zehnstündige Arbeitszeit. Da nun die Fabrikordnung die zehnstündige Arbeitszeit vorschreibt, so verließ ein Teil der Kollegen die Werkstatt um 6 Uhr. Der größte Teil arbeitete bis 7 Uhr, um die weiteren Schritte abzuwarten. Zu diesem Zwecke haben wir uns wiederum an den Gauvorstand gewandt. Derselbe beauftragte den Kollegen Matthes, die Verhandlungen einzuleiten und zu führen. Jedoch führte die erste Verhandlung zu keinem Resultat, da die Vertreter des Herrn Lewinsohn sich hartnäckig auf die Fabrikordnung stützten; der Chef selber war nicht anwesend; auf Grund dessen wurden in der darauf folgenden Besprechung

zwei Kollegen gewählt, welche die Verhandlungen weiter führen sollten. Dies geschah denn auch, indem sie den Werkführer davon in Kenntnis setzten, daß sie bestimmt sind, mit Herrn Lewinsohn zu verhandeln. Als die beiden Kollegen nun mehrmals versuchten, mit demselben persönlich zu sprechen, wurden sie von den Werkführern daran gehindert, indem dieselben einfach erklärten, Herr Lewinsohn hält sich strikte an die Fabrikordnung. Die Werkführer oder Handlanger, wie Kollege Matthes sie mit Recht nannte, glaubten nun dadurch einen Druck auszuüben, daß sie einen dieser Kollegen ohne Wissen des Chefs maßregelten. Dieses wurde dem Gauvorstand mitgeteilt. Daraufhin kam am 30. Oktober Kollege Matthes, um persönlich mit Herrn Lewinsohn zu sprechen. Letzterer erklärte, daß er von alledem nichts wisse, wolle sich aber genau darüber informieren und dem Kollegen Schulz (dieser ist der Gemahregelte) am 31. Oktober die Antwort geben. An demselben Tage fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher auch Kollege Stusche und etliche Vertreter der Firma erschienen. Obgleich die Kollegen Stusche und Matthes sich die größte Mühe gaben, dieselben zur neunstündigen Arbeitszeit zu bewegen, beharrten dieselben hartnäckig auf zehn Stunden. Da nun die Antwort des Herrn Lewinsohn nicht vorlag, wurde beschlossen, zu Freitag, den 3. November, eine weitere Versammlung einzuberufen. Da Kollege Schulz am 31. Oktober nichts erreichen konnte, weil der Unternehmer zur festgesetzten Zeit nicht mehr anwesend war, wurde die Sache auf schriftlichem Wege weitergeführt. Der Unternehmer erklärte sich bereit, nochmals zu verhandeln. Diesen Verhandlungen sind der Bevollmächtigte und der Kassierer nachgekommen. Eine Einigung auf 9 Stunden war nicht möglich. Es kam zur 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Als der Kollege Schulz nun wissen wollte, aus welchem Grunde er entlassen wurde, erklärte der Unternehmer wörtlich: „Ich habe gegen Sie persönlich nichts einzuwenden, auch gegen Ihre Arbeit nicht, aber gegen Ihre Hegelei. Daß ich derartige Hegelei entlasse, können Sie mir nicht verdenken.“ Freilich, „Hegelei“ und „Elemente“ ist der beliebteste Ausdruck profitorientierter Unternehmer. In der darauf stattgefundenen Versammlung wurden sich alle Kollegen dahin einig, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit vorläufig als Abschlagszahlung anzunehmen. Nachdem der Kollege Matthes sich seiner Aufgabe als Vertreter des Gaus zur völligen Zufriedenheit entledigt hatte, führte derselbe zum Schluß ungefähr Folgendes aus: „Es ist nicht das letzte Mal gewesen, daß Streitigkeiten in der Fabrik vorkommen (was auch die Vertreter durch Kopfnicken bestätigten), um so peinlicher müssen alle dort beschäftigten Kollegen auf der Hut sein. Wenn alle Kollegen ihre Pflicht thun und der Organisation treu bleiben, dann wird es leicht sein, in Zukunft einen Angriff zurück zu schlagen.“ Zum Schluß nahm der Kollege Schulz das Wort und erklärte den Vertretern der Firma, die fast alle anwesend waren, daß, wenn sie meinten, in seiner Person ein gefährliches Element aus der Fabrik entfernt zu haben, so irrten sie sich. Er stehe jetzt freier da als vordem, wenn auch mit materiellem Schaden. Er werde die Fabrik auch nicht einen Augenblick aus den Augen lassen. Kollegen von Fürstenwalde, thut Eure Pflicht! Ihr seht jetzt wohl selber ein, daß nur durch Einigkeit etwas zu erreichen ist. Darum vorwärts, Einer für Alle, Alle für Einen!

Planenscher Grund. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am 19. November im Gasthof „Zum Deutschen Haus“ in Postschappel. Kollege Robert Schmidt-Berlin referierte über: „Die Lage der deutschen Holzarbeiter und die gewerkschaftlichen Organisationen.“ Redner schilderte, wie dieselben entstanden und sich entwickelten und wie auch die Unternehmer sich Organisationen gründeten, um den Arbeitern gemapnet gegenüber zu stehen. Darum sei es Aufgabe der deutschen Arbeiter, in einer Zeit guten Geschäftsganges den Lohn so viel wie möglich in die Höhe zu bringen. Redner ging dann auf die im Jahre 1897 angenommene Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes ein und führte aus, daß im Jahre 1897 von 100 Betrieben 12 pZt. die neunstündige Arbeitszeit hatten, gegenüber von nur 3 pZt. im Jahre 1893. Ebenfalls sei die elfstündige Arbeitszeit von 22 auf 13 pZt. gefallen. In 48 pZt. aller Betriebe sei die 60 stündige Arbeitszeit eingeführt worden. Das seien alles Erfolge, die der Organisation zuzuschreiben sind. 58 pZt. aller Verstorbenen seien ein Opfer der Lungen- und Tuberkulose geworden. Redner wies zum Schluß noch auf die Vertreterwahlen hin, welche für die Invaliditäts- und Altersversicherung erforderlich, ferner auf die Gewerbe- und Handwerkskammern. Andere Aufgabe sei es, sich so viel wie möglich an den Wahlen zu beteiligen, damit nur organisierte Arbeitervertreter aus den Wahlen hervorgehen. Redner weislich lobte das 1 1/2 stündige Referat. Beim zweiten Punkt erstattete die Lohnkommission der Postierer von Dresden und Umgebung Bericht. Kollege Seidel legte den neu ausgearbeiteten Tarif vor. Da derselbe aber wegen vorgerückter Zeit nicht vollständig durchgegangen werden konnte, wurde man dahin schlüssig in kurzer Zeit eine öffentliche Postierer-versammlung einzuberufen. Beim Punkt „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“ wurde über die Werkstätte des Tischlermeisters Fährnig in Eifersdorf Klage geführt. Da dieser Meister seine Gesellen vom Verbandsarbeitsnachweis holt, solle dafür Sorge getragen werden, diesem Herrn keine Kollegen mehr hinzuzufügen.

Wofen. Am Sonnabend, den 18. November, hatten wir die Freude, unser erstes Stiftungsfest begehen zu können, das, es sei vorweg gesagt, glänzend ausgefallen ist. Um 8 Uhr begann unsere Fete; der Besuch war über Erwarten gut; es hatten sich über 300 Personen eingefunden. Nachdem wir uns durch ein paar Tänze in die richtige Feststimmung versetzt hatten, vergnügten uns Herr Wottener (Korfschneider) und Fr. (?) durch eine kleine Poffe und Kollege Marzinskaski durch humoristische Vorträge, wofür zahlreicher Applaus gependet wurde. Jetzt folgte Tanz auf Tanz und auf Wunsch auch ein paar polnische Nationaltänze, was die Stimmung, wenn möglich, noch hob. Die vom Genossen Bogowski gehaltene Festsrede wurde mürmlich begrüßt. Es war denn auch kein Wunder, daß Niemand an den Heimweg dachte. Dem Comité, sowie allen Mitwirkenden, insbesondere den Kollegen, die uns durch ihre Vorträge unterhalten haben, sei an dieser Stelle nochmals der hefte Dank ausgesprochen. — Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten die Organisation hier zu kämpfen hat, so muß man sich über das gelungene Fest doppelt freuen. In letzter Zeit scheint es übrigens besser zu werden; denn die Mitgliederzahl der hiesigen Zahlstelle ist im letzten Vierteljahr von 40 auf 140 Mitglieder gestiegen. Möge die Steigerung anhalten; möge das Interesse wachsen, dann wird es auch die längste Zeit gedauert haben, daß Wofen eine vorzügliche Provinz im Deutschen Reiche ist, und wird sich noch Jeder freuen, der einmal ein Stiftungsfest mitmachen konnte. Darum vorwärts zum Sieg!

Schnäufte. Am Sonntag, den 12. v. M., wurde hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Hanisch-Stettin über: „Die Fünfte im Mittelalter und der Zweck der heutigen modernen Arbeiterorganisation“ in einem 1 1/2 stündigen Vortrage referierte, eine Zahlstelle gegründet. Hoffentlich werden die Kollegen jetzt fester zum Verbands halten und einsehen, daß es durchaus nötig ist, daß auch sie sich Alle, Mann für Mann, dem Verbands anschließen, denn nur auf diesem Wege ist es möglich, eine Verbesserung unserer Lebenslage zu erzielen. Die Verhältnisse sind hier in der Tischlerbranche keine verlockenden.

Aus Briesen erhalten wir bezüglich des Konferenzberichts des 5. Gaus (Nr. 45 der „Holzarb.-Ztg.“) zwei Berichtigungen:

„Der Satz, der Schnaps usw., ist unzutreffend und von mir nicht verfaßt. Der Lohn im Akkord beträgt nicht M. 13-15, sondern laut Lohnbüchern vom letzten halben Jahre M. 14-21. Die Maschinenarbeiter haben nicht 15 S, sondern 16-19 S Stundenlohn. R. Dpiz.“

Eine weitere lange Berichtigung von Herrn G. Kellner, der im Auftrage der Arbeiter irgend einer Fabrik schreibt, lautet dem Sinne nach: Es ist unwahr, daß die Arbeitszeit unbeschränkt ist. Dieselbe ist vor einigen Jahren von einer gewählten Kommission und der Fabrikleitung von 62 auf 58 Stunden wöchentlich festgesetzt und wird von mindestens neun Zehnteln der Kollegen nicht überschritten. Der Verdienst variiert nach vorjähriger Feststellung zwischen M. 14,42 und M. 21. In Lohn werden M. 16 gezahlt. Die Maschinenarbeiter haben nicht 15 S, sondern 16-20 S Stundenlohn.

Gingelandt.

Eine Entgegnung.

In der Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung“ finden wir einen Bericht über den Streik in den Lochmann'schen Musikwerken (ein Auszug aus dem Leipziger Volksblatte), in welchem der Zahlstelle Mühlhausen Sachen unterschoben werden, welche nicht wahr sind. Es wird in dem Bericht vom Kollegen Krüger behauptet: „daß in Mühlhausen, nachdem von Seiten des Aufsichtsrathes erklärt worden wäre, der Streik sei beendet, der Betrieb in vollem Umfange aufgenommen worden sei.“ Das ist falsch! Kollege Krüger wußte ganz genau, daß die Kollegen von Richter die Arbeit nacheinander aufgenommen haben und nicht „Lochmann'sche“ sondern Uhrgehäuse für andere Firmen machten. Herr Richter hatte sich erboten, seine Arbeiter auf andere Arbeit zu beschäftigen. Wir führten keinen Kampf gegen Richter, sondern zur Unterstützung der Leipziger Kollegen, und „so lange der Streik in Leipzig gedauert hat, hat kein Einziger von den ausständig Gewerksamen „Lochmann'sche“ Arbeit gemacht“, außer den drei Zusammenbauern, die stehen geblieben sind. Daß sich noch ungelernete Arbeiter fanden, die mit daran arbeiteten, konnten wir ebenso wenig verhindern, wie die Leipziger es verhindern konnten, daß 509 Arbeitswillige in die Lochmann'sche Fabrik kamen. Daß Direktor Schluß an Richter schrieb, es solle Jemand nach Leipzig kommen und sich überzeugen, war für uns ohne Belang; da es nicht unser Geld kostete, konnten wir nichts dagegen haben, wenn sich Einer mal die Fabrik ansah; denn irgend etwas beeinflussen konnte er ja doch nicht, und daß die Fabrik mit über 500 Leuten besetzt war, wußten wir laut Bericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Ferner heißt es in dem Bericht: „Herr Richter führte einen Schachzug gegen seine Arbeiter, indem er erklärte, wenn er nicht liefere, so gerathe er in Schwierigkeiten und die letzte aufgegebenen Kommission gehe zurück, und so schickte er 50 Schränke ab.“ Das Alles hat aber mit der Abschaffung der Schränke nichts zu thun; denn die Schränke hätte R. schon viel früher abschicken können, da sie fertig da standen. Nur dadurch, daß die Arbeiter auf andere Arbeit angingen, konnten wir dieselben so lange halten. Weiter heißt es, daß wir uns darauf „nach Stuttgart wandten“. Ja wir wandten uns nach Stuttgart, weil die Leipziger von uns verlangten, die Arbeit sofort wieder hinzulegen; für uns lag aber kein Grund dazu vor; denn die Kollegen machten keine „Lochmann'sche Arbeit“ und die fertigen Schränke konnten wir doch nicht halten.

Daß wir nun in einer erneuten Arbeitsniederlegung ohne Grund eine Gefahr für unsere Zahlstelle, speziell für unsere kaum beendete Lohnbewegung erblickten, ist klar. Daß schließlich durch Eingehen der Richter'schen Fabrik „der ganze Industriezweig von Mühlhausen verlegt würde“, ist Niemandem eingefallen zu sagen. Die Schuld, daß der Streik verloren ging, tragen hauptsächlich die Metallarbeiter, durch die ja auch der Streik entstanden ist; denn hätte Herr Schluß keine Werke bekommen, so konnten ihm auch die Schränke nichts nützen. Dieser Standpunkt ist auch vom Hauptvorstande schon bei Genehmigung unseres Streiks vertreten worden.

August Griebel,

Bevollmächtigter der Zahlstelle Mühlhausen.

Achtung, Stockarbeiter!

Die Stockfabrik von Joh. Gau, Würgel b. Offenbach a. M., nicht tüchtige Stockarbeiter bei gutem Lohn und dauernder Arbeit. Kollegen, wenn diese Firma wirklich so gute Löhne zahlte, würden nicht verschiedene Arbeiter diese Fabrik verlassen. In letzter Zeit sind Abzüge von 20-30 pZt. vorgenommen. Die Kollegen würden gut thun, diese Fabrik zu meiden. So wird hier zum Beispiel für echte Ebenholzstuger, schleifen und poliren, d. h. fein auspoliren, man sage und schreibe 75 S bezahlt. Da hier die Kollegen die Arbeit für solche niedrige Preise nicht anfertigen können, so sucht jetzt der Fabrikant in einer hiesigen Zeitung junge Arbeiter und Arbeiterinnen. Und was die Behandlung in dieser Fabrik betrifft, so läßt dieselbe auch viel zu wünschen übrig. Schreiber dieser Zeilen hat selbst in der betreffenden Fabrik gearbeitet und warnt nochmals die Kollegen, hier Arbeit zu nehmen.

Offenbach.

Curt Wüttner.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Richtigstellung. In der Notiz in Nr. 47, die Arbeiter bei Herrn D. Niemann in Gienach betreffend, schreiben uns die Dresdler der Firma a. berichtend: „Es ist nicht richtig, wenn es da heißt: „Die Arbeiter erklärten Herrn Niemann, daß, wenn sie nicht wie bisher 10 1/2 Stunden arbeiten sollten, sie aufhören würden usw.“ sondern die Tischler erklärten usw.“

Die Drechsler haben die zehnstündige Arbeitszeit verweigert, da sie fast alle organisiert sind, muhten sich aber der Majorität fügen, brachten es aber doch so weit, daß Montags eine Stunde weniger gearbeitet wird.

Ohne Streit erzielten die Tischler mehrerer Werkstätten in Bamberg eine Verkürzung der Arbeitszeit, Garantie des Lohnes bei Unfortarbeit und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. (S. Bericht. Die Reb.)

Die Differenzen in der Möbelfabrik von Emil Berger in Giesleben sind zu Gunsten der Kollegen beigelegt.

Die über die Fischer'sche Schreinerei in Offenburg verhängte Sperre ist aufgehoben unter folgenden Bedingungen: Fischer bewilligt einen Stundenlohn von 32 1/2 pro Stunde; Kost und Logis der Gesellen außer dem Hause; Ueberstunden sind mit 25 pZt. Aufschlag zu bezahlen, Sonntagsarbeit mit 50 pZt.; Kündigung findet nicht statt. Da bisher jeder Meister bezahlte, was er für gut fand, dürfte diese Abmachung mit Meister Fischer eine günstige Nachwirkung auch auf die übrigen Meister ausüben, und daß dies geschieht, darauf werden die Offenburger Kollegen streben. Bedauerlich ist nur, daß den berechtigten Forderungen der organisierten Kollegen eine große Zahl indifferent gegenüber steht. Sie sind aber jederzeit bereit, die durch die Organisation erlangenen Vorteile mit einzubeziehen. Hoffentlich lassen sich dadurch die dortigen organisierten Kollegen nicht nutzlos machen, sondern werden vielmehr unentwegt für die Heranziehung der unorganisierten Mitarbeiter eintreten.

Die Firma Braun & Richardt in Sangerhausen kündigte einem Polirer, welcher Kassirer der dortigen Zehnstelle ist. Darin erblickten die Polirer eine Maßregelung und erklärten sich solidarisch. Am 27. November haben sie sämtlich ihre Kündigung eingereicht. Die Firma hat es nun abgesehen auf Abzügen, die das Polieren erlernen wollen; denn eine solche Annonce steht in der Sangerhäuser Zeitung. Zugang ist fern zu halten.

Ob es praktisch und für die Organisation vorteilhaft ist, daß, wenn einem Mitglied unseres Verbandes gekündigt wird, alle übrigen Arbeiter die Arbeit niederlegen, möchten wir sehr bezweifeln. Wir wollen uns heute darüber nicht näher äußern; aber bemerken wollen wir, daß der Verband Gesamtergebnisunterstützung zahlt, wenn in der Kündigung eines Einzelnen wirklich eine Maßregelung erblickt werden kann. Ob das in Sangerhausen zutrifft, wollen und können wir nicht entscheiden; aber selbst wenn es der Fall ist, wäre noch die Frage offen, ob es immer zweckmäßig erscheint, daß hierdurch sämtliche Mitarbeiter die Kündigung einreichen. Dies wird von den Umständen abhängen. Drängt die Arbeit, ist die Organisation gut, und manches Andere bleibt vorher zu erwägen, ehe ein solcher Schritt unternommen wird. Im Allgemeinen wurden diese Fragen viel zu wenig erwogen, und der Verband muß schließlich die Kosten des verlorenen Kampfes tragen. Wie gesagt, wir erlauben uns in dem vorliegenden Falle kein endgültiges Urteil, halten uns aber für verpflichtet, auf die Konsequenzen, die aus einem solchen Schritt gezogen werden müssen, hinzuweisen. Die Reb.)

In der Möbelfabrik von H. Mümrich in Luckenwalde sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fern zu halten.

In der Sophagestellfabrik von S. Dichtenberg in Krefeld sind ebenfalls Differenzen ausgebrochen. Alle Unterhandlungen, die seitens der Ortsverwaltung mit Herrn D. gepflogen wurden, sind ergebnislos verlaufen. Zugang fern halten.

Der Streit in Köslin, sowie der bei der Firma Gerkenberger in Frankfurt a. d. O. dauern fort.

In der Dampfzuckerfabrik von L. Mann in Neukirchli herrschen verbesserungsbedürftige Zustände. Während in anderen Werksstätten am Orte der Lohn allmählich voll ausgezahlt wird, hängt die Auszahlung bei Mann ganz von dem Belieben des Meisters ab. Es giebt, je nachdem, alle 14 Tage bis drei Wochen eine Abschlagszahlung von M. 25-30 für Verheiratete. Es ist auch schon vorgekommen, daß es statt Geld Christen gab. Dies kam in einer Versammlung, in welcher Kollege Leipzig anwesend war, zur Sprache. Natürlich erfuhr auch Mann davon. Am 18. November kam er wie rasend in die Werkstatt und jagte zu den Organisierten: "Entweder aus dem Verband oder aus der Werkstatt, sobald der Meider fertig ist." Darob gründen die Nichtorganisierten, denn das war Wasser auf ihre Mühle. Die Ortsverwaltung ist dem Herrn Mann zu jung, die müsse erst hürten, wohnt er - Der Herr mag Recht haben, denn er hat in seinem Leben schon Vieles gemacht, wozu Arbeiter garnicht kommen können. Sie haben weder mit bewußten Gewandlungen, noch mit Bescheiden zu thun, brauchen sich also auch keine Sorgen zu machen, wie sie aus Salamitäten, wie Herr M. schon manchmal in solche gekommen ist, sich herauswinden. Die Kollegen außerhalb Neukirchli thun gut, wenn sie Luft verspüren, bei M. zu arbeiten, etwas Geld oder Arbeitsfähigkeit mitzubringen. Fünf Organisierte von zehn Tischlern sind gewakregelt. M. bezieht vornehmlich seine Arbeitskräfte aus Berlin, wohl aus dem Grunde, weil er auch seine Arbeiten nach Berlin liefert, was zwar an Friedrichs in Berlin und Echolz in Charlottenburg. Was die Einleger dieser dorthin gelieferten Arbeiten zu thun haben, werden sie wohl selber wissen.

Ein Arbeitergeber ist der Tischlermeister Schunack in Falkenberg bei Halle. Als zwei seiner Gesellen ihren Lohn verlangten, wollte er ihn mit einer 4 m langen Latte auszahlen. Natürlich erregte eine solche Lohnauszahlung in der Nachbarschaft großes Aufsehen. Schließlich bequeme er sich doch zur Bezahlung, gläubte aber, für laputres Werkzeug Entschädigung verlangen zu müssen. Beweise, daß die Gesellen es zerschrien, hatte er nicht.

In Zehndorf haben die Metallarbeiter und Holzarbeiter der Maschinenfabrik S. H. ab Heinde die Forderung gestellt, statt der bisher einstufigen Arbeitszeit eine solche von zehn Stunden einzuführen, unter Beibehaltung des bisherigen Tageslohnes. Die Arbeiter (6 Mann) haben einmütig die Forderung angenommen, weil die Forderung der Zahlung des

bisherigen Lohnes abgelehnt wurde. Zur Kennzeichnung des Betriebes diene die Tatsache, daß jetzt "nur" 14 Lehrlinge (bei 6 Gesellen) beschäftigt sind. Früher waren es schon 22 Lehrlinge bei derselben oder noch geringerer Zahl von Gesellen. Die Arbeiter bitten, den Zugang nach Zehndorf fern zu halten.

Achtung, Drechsler! Zu Beginn voriger Woche haben in sämtlichen Alabasterwaaren-Fabriken Berlins die Drechsler die Arbeit eingestellt. Die eigentliche Ursache hiervon bild. t das rigorose Auftreten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber. Anstatt die äußerst ungnädigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, gingen die "Herren" vielmehr zu Verschlechterungen über. Die Durchführung von sanitären Einrichtungen in diesen Staub- und Giftbuden - die Luft ist stark mit Alabasterstaub, Wiener Kalk, Bestandteilen von Schmierseife und Säuren geschwängert - kam nirgends groß vom Fleck. Differenzen wegen der zu zahlenden Akkordlöhne waren etwas alltäglich. Oftmals machte aber der Zusammenhalt der Kollegen, ihr Rückenhalt im Deutschen Holzarbeiter-Verbande, das Vordringen der Fabrikanten zu Schanden. Die Wuth der Prinzipalität gegen die Organisation der Arbeiter steigerte sich dadurch natürlich immer mehr. Sie wollten denn auch mit den älteren, in der Preisfrage bewanderten Leuten aufräumen und haben auch tatsächlich manchen Arbeiter aus der Werkstatt gegraut. Vor 14 Tagen hat man in zwei Werkstätten sogar zur Maßregelung zweier Vertrauensleute gegriffen. Durch die Vermittlung des Verbandes der Holzarbeiter wurde dann zwar die Angelegenheit beigelegt, es kam aber nicht zum Frieden. Die Unternehmer ließen es an verdeckten Drohungen und oftmals auch an gerader Aussprache nicht fehlen. Nach ihrer Meinung und Meinung wollen sie "Herren in ihrem Hause" bleiben und sich von den Arbeitern nichts dikieren lassen. Infolge dieser geradezu unerträglichen Situation kamen die Drechsler dann zur Stellung von Forderungen. Sie verlangten: Besserung der sanitären Verhältnisse, Anerkennung des Einheitsstarfs, sowie Aushängung desselben in der Werkstatt. Die Antwort der Fabrikanten gipfelte in einer achtstündigen Arbeitszeit, natürlich nur, um Zeit für die Gewinnung anderer Arbeitskräfte zu gewinnen und Drosche in die Reihe der Beihängigen zu schlagen. Bei einzelnen Kollegen wurde der Versuch gemacht, sie zum Weichen zu bewegen, jedoch vergebens. Bis auf einen Mann stehen alle Drechsler im Ausstand. Die Kollegen thun deshalb gut, wenn sie zur Zeit bei den in Betracht kommenden Arbeitgeberern Habild & Co., Sebastianstr. 61, Goldschmidt & Co., Nitterstr. 44, und Rappell & Fleischer, Brüderstr. 7, nicht in Arbeit treten, damit die Drechsler siegreich aus ihrem Kampfe hervorgehen.

Nachträglich sind nun auch noch mit den anderen in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern Differenzen ausgebrochen und zwar wegen der Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverbande. Man will jedenfalls seitens der Fabrikpatronen die in dieser Branche noch junge Organisation der Arbeiter gleich im Keime ersticken. Jeder Arbeiter, ob Schleifer, Drechsler, Wandsägenschnneider u. soll sich unterthorftlich verpflichten, dem Verbande fern zu bleiben.

Achtung Kammacher! Von Zerbst wird uns mitgeteilt, daß Zugang fern zu halten sei.

Der Streit in der Pinselfabrik S. Rosenfeld jun. in Nürnberg dauert ununterbrochen fort. Elf Wochen andauernden Kampfes haben noch nicht genügt, Herrn Rosenfeld zur Nachgiebigkeit zu bewegen; indessen haben auch wir nicht die mindeste Veranlassung, Entgegenkommen zu zeigen, da nur noch ein Pinselfacher und zwei Kolleginnen im Ausstand sich befinden. Das gesammte übrige Personal, 97 Kollegen und Kolleginnen, ist anderweitig untergebracht und wird aller Voraussicht nach ein großer Theil auf die Ehre verzichten, jemals wieder bei Herrn Rosenfeld in Arbeit zu treten. Zugang ist nach wie vor streng fern zu halten.

Die Tischlerzwangsinnung in Magdeburg hat am 13. November beschlossen, die Preise für Tischlerarbeiten um 20 pZt. zu erhöhen. Grund: Preissteigerung der Rohmaterialien.

Achtung, Musikinstrumentenarbeiter! Es wird nochmals dringend gewarnt, sich nach London für dortige Fabriken anwerben zu lassen. Der pp. Hartig hat tatsächlich sechs Kollegen (Tischler) für M. 38-40 pro Woche hinübergelockt. Darunter auch einen Verheirateten. Mit einem solchen Lohn ist aber dort garnicht auszukommen. Wir werden in nächster Nummer oder sobald uns ein Vertrag vorliegt, näher darauf zurückkommen.

In der Reichenberger Pianofortefabrik von Koch & Korfeld ist am 3. November ein Streit ausgebrochen. Die Ursache dieses Streiks ist die sofortige Entlassung des Vertrauensmannes der Arbeiter. Obwohl die Arbeiter dem Arbeitgeber wegen dieser Entlassung Vorstellungen machten und freundlich ersuchten, Herr Koch möge diese Entlassung zurück nehmen, erklärte derselbe: "er mache, was er will, und entlasse, wen er will," und wenn es den Arbeitern nicht recht ist, so können sie Alle gehen; er schließe die Fabrik zu, und wenn es bis Weihnachten dauern sollte. Ja, ehe er nachgebe, wolle er zu Grunde gehen mit seinem Familien. Was aber war die Ursache zur Entlassung des Vertrauensmannes der Arbeiter? Ein Familienumstand. Der Arbeiter hatte ein krankes Weib und ein krankes Kind zu Hause. Am 1. November, Nachmittags gegen 3 Uhr, kam ein Bote zu ihm in die Fabrik und brachte ihm die Nachricht, er solle nach Hause kommen. Der Arbeiter ging in's Comptoir, um es zu melden, daß er nach Hause kommen müsse. Das Comptoir war geschlossen, weswegen der Arbeiter seinen Arbeitskollegen ersuchte, falls der Herr kommen und nach ihm fragen sollte, es demselben zu sagen, daß er hat nach Hause gehen müssen. Nachdem dies dem Herrn Koch gemeldet worden war, ließ er dem Arbeiter das Handwerkzeug wegnehmen, und als derselbe den nächsten Tag zur festgesetzten Stunde in der Fabrik erschien, wurde er entlassen. Die Arbeitskollegen erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch und stellten die Arbeit ein, weil kein triftiger Grund zur Entlassung vorlag und weil Herr Koch in brücker Weise die Arbeiter förmlich aus der Fabrik hinauswarf. Wahrscheinlich in der Meinung, den Arbeitern den Herrn zu zeigen. Die Arbeiter ließen sich nicht verböhnen und verließen die Fabrik, zogen sodann in das Vereinslokal der Holz-

arbeiter, wo sie besprachen, was nun zu geschehen hat. Das Resultat der Berathung war Nachstehendes: Nachdem Herr Koch die Arbeiter auf solche unqualifizierte Weise verlegt habe, sei in den Streik zu treten und folgende Forderungen zu stellen: 1. Aufnahme des entlassenen Vertrauensmannes; 2. Einführung der neunstufigen Arbeitszeit und zehnprozentige Lohnerhöhung für die Stückarbeiter; 3. humane Behandlung der Arbeiter durch die Chefs; 4. gegenseitige vierzehntägige Kündigung und diesbezügliche Aenderung der Fabrikordnung; 5. keine Maßregelung der an dem Streik Theilnehmigen innerhalb sechs Monate; 6. Entlassung des Arbeiters Köpel.

Diese Forderungen wurden der Firma Koch & Korfeld überreicht und die Antwort erwartet. Am Samstag erklärte die Firma, daß sie auf die Punkte 1, 3, 4 und 5 eingehe, jedoch die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und die zehnprozentige Lohnerhöhung der Stückarbeiter, sowie die Entlassung des als Streikbrecher bekannten Arbeiters Köpel auf das Entschiedenste zurückweisen müsse. Weil aber die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit als die Hauptforderung angesehen werden muß, kam keine Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu Stande.

Die Holzarbeiter in Reichenberg haben sich entschlossen, 10 pZt. ihres Lohnes für die Dauer des Streiks als Unterstützung ihren im Kampfe stehenden Kollegen allwöchentlich abzugeben, bis es der Firma genehm sein wird, mit den Streikenden eine Vereinbarung zu treffen und den Streik zu beenden.

Die Firma ist überall im In- und Auslande bemüht, Streikbrecher anzumerben, wie bis jetzt zu übersehen, mit geringem Erfolg. Eine Abordnung der Arbeiter, die am 20. November Unterhandlungen mit den Firmeninhabern anknüpfen wollte, wurde schroff abgewiesen mit den Worten: "Nichts, nichts, Schaut's, daß Ihr hinauskommt." Die Streikenden sind fest entschlossen, einem solchen Vorgehen der Firma mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Sie stellen demzufolge neuerdings das Ersuchen an alle Holzarbeiter des In- und Auslandes, besonders an die Kollegen Pianobauer, diese Firma zu meiden und den Zugang nach Reichenberg mit allen Mitteln fern zu halten. Da sich nach dem Vorgefallenen der Streik in die Länge ziehen dürfte, werden die Arbeiter dringend erjucht, die kämpfenden materiell zu unterstützen. In Betracht kommen 62 Mann, größtentheils Familienväter.

Unterstützungen sind zu senden an Joh. Baderlitz, Drechsler in Reichenberg, Kanalgaſſe, oder an die Redaktion des "Freigeist", Reichenberg, Ladegaſſe 23.

Die Chicagoer Union der Piano- und Orgelmacher, etwa die Hälfte der am Orte beschäftigten Musikinstrumentenarbeiter, hat an ihre Fabrikanten folgende Forderungen eingereicht: Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Lohnerhöhung um 25-40 pZt. und Anerkennung der Union und deren Mitglieder. Der Erfolg eines Streiks bei der Firma Bush & Gerts gab Veranlassung, daß die gleichen Forderungen allgemein gestellt wurden. Die "Musikinstrumenten-Zeitung" (Berlin) schreibt dazu Folgendes:

Was die Unionleute eigentlich verlangen, können die Fabrikanten kaum gewahren. Außer der Forderung eines achtstündigen Arbeitstages und des neuen 25 bis 40prozentigen höheren Lohnstarfes haben sie auch auf ihren Wunschzettel geschrieben: Ueberstunden werden 1 1/2 fach, an Sonntagen doppelt bezahlt. Das ist allerdings kein unbilliges Verlangen. Horrend ist es dagegen, daß nur Unionleute in den Fabriken beschäftigt werden dürfen, daß alle Fabriken geleitet werden nach den von ihnen aufgestellten Werkstattdingungen, und daß eine Anzahl von Arbeitern, die bisher gegen billigen Tagelohn berichtigt werden konnten, sofort aufzuhören haben. Diese drei letzten Forderungen sind so ungeheuerlich, daß der Fabrikant zum Sklaven seiner Arbeiter wird.

Der achtstündige Arbeitstag, sowie eine prozentuale mäßige Lohnerhöhung soll, wie sich die Fabrikanten äußerten, von ihnen bewilligt werden, aber in eine Anerkennung der Union und auf ihre, in die innere Leitung eingreifenden Forderungen will man auf keinen Fall eingehen.

Gegenüber den Fabrikanten im Osten von Amerika (New-York, Baltimore, Boston, Philadelphia u. c.) sind die westlichen Pianofortefabrikanten betreffs der Arbeitslöhne immer besser daran gewesen. Sie zahlen im Durchschnitt für jedes Piano M. 40-50 (Doll. 10-12) weniger Lohn, und diese Differenz dürfte durch den neuen Tarif zum Ausgleich gebracht werden.

In der letzten Nummer der Musikinstrumenten-Zeitung lesen wir nun, daß aus dem Streik ein "Lockout" (Aussperrung) geworden ist. Sämtliche Fabrikanten (12 an der Zahl) haben am 10. November ihre Fabriken geschlossen, so daß za. 3500 Arbeiter der Branche beschäftigungslos sind. Vor allen Dingen ist es die dritte Forderung, daß nur Unionleute in den Fabriken beschäftigt werden dürfen, und die Fabriken nur nach den von den Arbeitern festgestellten Werkstattdingungen geleitet werden dürfen, welche von den Fabrikanten zu bewilligen als unmöglich erklärt wird. Der Bürgermeister Harrison, welcher von den Unionleuten um Vermittlung bei den Fabrikanten angegangen wurde, war dazu bereit, ihm wurde aber von Bekleren bedeutet, er solle sich Zeit und Mühe ersparen, in keinem Falle dürfe die Union auf Anerkennung rechnen.

Die Fabrikanten sollen sich nun mit dem Plane beschäftigen, ihre Fabriken nach kleineren Orten zu verlegen, wo die Union einen geringeren Einfluß hat.

Die Arbeiter scheinen dem Vorgehen der Fabrikanten ziemlich feind gegenüber zu stehen, denn der Präsident der "Union", Dold, erließ folgende Bekanntmachung:

"Wir sind entschlossen, nicht eher eine Einigung anzuerkennen, bis alle Pianofortefabrikanten, die ihre Fabriken den Arbeitern geschlossen haben, einen Arbeitsvertrag mit der Union eingegangen sind. Wir können es uns eher erlauben, müßig zu gehen, als jene, ihre Fabriken geschlossen zu halten. Die Union wird unterstützt werden von den Branchen in anderen Städten, und außerdem kann ein Theil unserer Leute Arbeit in den Unionsfabriken finden."

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

An die Arbeiterschaft Deutschlands. Der Kampf der Leberarbeiter in Bilster ist am Mittwoch, den 15. November, beigelegt worden. Die Fabrikanten ließen sich auf keine Unterhandlungen ein, mochte der Einigungsversuch kommen, von welcher Seite er wollte. In den letzten 14 Tagen hatte eine größere Anzahl ländlicher Arbeiter sich bereit gefunden,

die Arbeit aufzunehmen und dieser Umstand war für die Verlegung ausschlaggebend. Nicht aus den eigenen Reihen waren Abtrünnige zu bezeichnen, sondern der Unverstand, der Subdifferenzismus der ländlichen Bevölkerung vermochte, die Fabrikanten den Sieg erringen zu lassen. Hier ist der Organisation ein schwerer Schlag berstet worden; jedoch wird diese Scharte wieder ausgeweht werden. Viele Kämpfende werden auf der Strecke bleiben, doch läßt sich noch nicht übersehen, wie weit die Verfolgungswuth gehen wird. Hier bis sechs Wochen werden vergehen, bis die letzten Arbeiter eingestellt werden können, weil erst die Einarbeitung und Gerbung vorgenommen werden muß. Also trotzdem der Kampf beendet, bleiben die Familienbäter noch vier bis sechs Wochen brotlos, und angesichts dieser Thatfache richten wir an die deutsche Arbeiterchaft die dringende Bitte, uns noch einige Wochen zu unterstützen. Für uns bestimmte Gelder bitten wir umgehend einzusenden. Arbeiter und Genossen! Beherzigt diese Worte und thut eure Schuldigkeit, damit die Arbeiterchaft, die so tapfer gekämpft und sich jetzt den Fabrikanten auf Gnade oder Ungnade ergeben muß, in einer Zeit der Arbeitslosigkeit, welche eine Begleiterscheinung des Kampfes ist, nicht zum Hungern verurtheilt ist. Sendungen sind nach wie vor an Oscar Klemm, Herberge Ahrens, Wilsler, zu richten.

Die örtliche Verwaltung. Aug. Winkel.

Einen großen Erfolg haben die Vergarbeiter des Ruhrgebietes errungen. Am 17. November fanden die Wahlen zu dem Verggewerbegericht statt. Das einige Zusammengehen des alten Verbandes und des Gewerkschafts christlicher Vergarbeiter hat auch hier wiederum gezeigt, wie die „Verg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ schreibt, wie unnötig die Trennung der Arbeiter nach religiösem oder politischem Bekenntnis ist. Freu haben die Kameraden im Gewerkschaftsverein zusammen gefochten mit den alten Verbändlern; dieses Zeugnis stellen wir gern aus. Einzelne Fanatiker — die übrigens beiderseits ihr Wesen trieben, konnten an dem Resultat der Einigung nichts ändern. Die Gewerkschaftler sind mit den Verbändlern gegangen und wir wetten, daß kein Arbeiter bei diesem Zusammengehen sittlichen Schaden nahm. Im Gegentheil, wird der 17. November hochsittlich wirken auf die von Demagogen fanatisirte Masse, die den Berufsorganisationen noch fern steht. Daß die zwei künstlich getrennten Vergarbeitergruppen am 17. November so einträchtig zusammenstanden, ist ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges; es wird vorbildlich werden in der deutschen Arbeiterbewegung.

Gewählt sind, soweit ersichtlich, 72 Arbeitervertreter aus beiden Verbänden, und nur einzelne Vertreter der Beiden, die als Arbeitervertreter nicht gezählt werden.

Wir beglückwünschen die Vergleute des Ruhrgebietes zu dem herrlichen Erfolge ihres gemeinschaftlichen Vordringens.

Der Hauptvorstand der freien Gärtnervereinigung, Sitz Hamburg, beantragt zur nächsten Generalversammlung: Eingehen lassen ihres Verbandsorgans. An Stelle dessen soll ein alle Vierteljahr erscheinender Rechenschaftsbericht, der die Mitglieder über die wichtigsten Vorgänge im Beruf aufklärt, als Agitationschrift verwandt werden.

Der deutsche Arbeiterverein „Vorwärts“ zu Kopenhagen macht alle deutschen Arbeiter, welche nach Kopenhagen reisen, auf den deutschen Arbeiterverein „Vorwärts“ aufmerksam. Der Verein hat die Aufgabe, seine Mitglieder über die politische

und fachliche Bewegung zu unterrichten. Zu diesem Zwecke werden Vorträge und Diskussionen gehalten; ferner hält der Verein mehrere politische, sowie alle deutschen Fachblätter und eine gute Bibliothek. Die Vereinsversammlungen finden jeden Sonnabend im Vereinslokale, Korsgade 49, Kopenhagen N, statt.

Literarisches.

Hoch die Organisation! Festspiel in einem Akt von H. E. M. Schöttge. Dieses gelungene Festspiel, welches beim Stiftungsfest der Stuttgarter Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes seine erste Aufführung erlebte, hat eine sehr begeisterte Aufnahme gefunden. Auch wir können dasselbe jeder gewerkschaftlichen Organisation bei etwaigen Festen auf's Angelegenlichste empfehlen, da darin Alles knapp und schlagend zusammengefaßt ist und durch die Natürlichkeit seiner Situation erfrischend und begeisternd wirkt. Es ist ein gutes Stückchen Agitation darin enthalten, wobei es durch Weglassung aller unnötigen Tendenzklopferei eine wirkliche Festfreude auch aufkommen läßt. Auch erfordert dasselbe keine Bühnentechnik und ist auf jedem Podium aufzuführen, wie es auch auf jede Branche leicht abzuändern ist. Der Preis beträgt pro Exemplar 15 M., bei etwaigem Partienbezug billiger, und werden Aufträge und Wünsche durch den Bevollmächtigten Ed. Steinbrenner, Stuttgart, Hermannstr. 7, entgegengenommen.

Briefkasten.

* Eine ganze Anzahl Berichte, sowie Eingefandt über die Arbeitslosenunterstützung mußten wegen des chronisch gewordenen Raummangels zurückbleiben.

* Wir müssen es beklagen, daß seitens unserer Kollegen unsere Anfragen im Briefkasten so wenig Beachtung finden. Von all' den Fragen, die wir in letzter Zeit an Fachkollegen richteten, ist uns bis heute keine einzige beantwortet worden. Es wäre doch gewiß äußerst leicht, den dringlichen Wunsch einzelner Kollegen, in deren Aufträge wir die Fragen weitergaben, zu erfüllen. Aber leider dieselbe Gleichgültigkeit, die sich innerhalb unserer Organisation so häufig zeigt, ist auch in Bezug auf Gefälligkeiten gegen rathsuchende Kollegen vorhanden. Das ist tief zu beklagen!

Posen. Für vorige Nummer zu spät. Eure Grüße vom Stiftungsfest freundlichst erwidert. A. R.

Bremen, S. War ein Druckfehler.

Hamburg, G. Hartig war hier gelegentlich der Werbungsreise, wohnt aber seit zwei Jahren in London.

München, R. Gewiß ist die Notiz hier eingetroffen, aber, wie in der Regel von dort, einen Posttag zu spät. Es ist also nicht unsere Schuld, wenn der Name des „Meisterleutnants“ Wolf nicht in der vorletzten Nummer prangte. Gruß! 61199. Wenden Sie sich an die Redaktion des „Volkswille“ in Hannover.

Dessau, G. W. Lassen Sie in jedes Wurmloch einen Tropfen Benzin laufen. Der Wurm stirbt dann sofort.

Bernau. Das „Flugblatt“ oder „Ersatz“ für ein solches, wie Sie es nennen, hat wirklich keinen Zweck. Nur Klageklieber sinnen Sie in demselben. Thatfachen, mit Ausnahme des „Dampfgebüdes“, enthält dasselbe keine einzige, und das ist doch die Hauptsache, wenn es agitatorisch wirken soll. Ist denn in Berlin Niemand, der die dortigen Verhältnisse schildern kann?

Fürstenwalde, S. Ist etwas viel verlangt.

Bromberg, R. War kein Raum mehr vorhanden.

Pasewalk, S. D. Wir zweifeln, daß das Klagegebüde nützen wird. Die Thatfachen sprechen deutlich genug für eine regere Theilnahme an den Versammlungen, und es ist, wie Sie auch richtig sagen, keine Ursache vorhanden, die Schlafmütze über die Ohren zu ziehen. Auch die dortigen Kollegen werden ihre Lässigkeit noch einmal schwer büßen müssen, wenn sie nicht bald Umkehr halten.

Greifswald. Das Vorstehende gilt auch für die dortigen Kollegen. — Eingelegte Journale liefert die Firma Gustavus Müller in Heidelberg (i. Anzeige in heutiger Nummer).

Grimm 11. Schule in Neustadt (Medlbg.), Burgthube, Salza, Holzwinden, Leipzig.

Hamburg, S. Buchsbaumholz dürfen liefern: die Firmen Almind Nachf., Fühlentwiete 111; Kolbe & Viehl, Cremon, und Andersen & Guppe in Borgfelde, Baustraße.

Emden, G. T. Wer der Einsender war? Das bleibt Redaktionsgeheimnis. Ist vielleicht Jemand in der Verwaltung durch die Anrempelung getroffen? Das wäre wirklich ein Schritt zum Besseren. Mögen nur die Mitglieder der Verwaltung und alle am Orte thätigen Kollegen im Sinne des Einsenders thätig sein, dann wird das erzielt werden, was er als erreichbar bezeichnet hat. Daß das Eingefandt unter Verichte kam, ist ein Versehen unsererseits; es sollte unter die Rubrik „Eingefandt“ kommen, und unter dieser kann Jeder seiner Meinung Ausdruck geben, soweit wir eine Bestätigung der Thatfachen durch Stempel der Verwaltung nicht für nöthig halten.

Magdeburg-R., M. S. Abziehsteine liefert die Firma Rischmeyer, Hamburg, Breitestr. 25; Kubinit-Abziehsteine (künstliche) liefert die Firma Wolf & Co. in Deuben, Bez. Dresden.

London. Einen solchen Vertrag haben wir nicht erhalten.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Invalidenfonds.

Auch in diesem Jahre beabsichtigt der Vorstand, zu Weihnachten den Invaliden unserer Krankenkasse — d. h. denjenigen Mitgliedern derselben, welche das volle ihnen laut den Bestimmungen unseres Statuts zustehende Krankengeld bereits erhalten, also von der Krankenkasse keine Unterstützung mehr beziehen — eine kleine Freude zu bereiten. Wir ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen derjenigen Verwaltungsstellen, in welchen sich solche Mitglieder befinden, uns bis spätestens den 14. Dezember ein auf Unterstützung gerichtetes Gesuch zu übersenden.

Unterstützt werden auch in diesem Falle nur solche Mitglieder, welche

1. kein Krankengeld mehr erhalten und noch arbeitsunfähig sind;
2. keine Unterstützung der Unfallversicherung oder aus einer anderen Pensionskasse erhalten;
3. sich infolge der über die statutenmäßige Zeit dauernden Krankheit resp. Arbeitsunfähigkeit in nothleidenden Verhältnissen befinden.

Das Unterstützungsgesuch muß über Vorstehendes kurz Auskunft geben und von mindestens drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterzeichnet sein. Auch müssen Name und die Adresse des Mitgliedes genau angegeben werden.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Berjammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Altona. Dienstag, 5. Dezember, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Ehler, Nordberstraße 37. T.-D.: 1. Welche Arbeiten stehen dem Gesellenauschuss bevor? 2. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Sonnabend, 9. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Alten Hof“, Wendenstr. 45.

Hünbe. Sonntag, 10. Dezember, Nachm. 4 Uhr, bei Berling, vormals Mübel.

Eisenberg. Sonnabend, den 9. Dezember, Abends 8 Uhr. Das Erscheinen aller Kollegen ist sehr erwünscht.

Lauenförde. Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig von Sonnabend, den 2. Dezember an, alle 14 Tage, Abends 8 1/2 Uhr, statt, im Lokale des Herrn R. Schulze, „Gasthof zur Weser“. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreicher als bisher zu erscheinen.

Schöneberg. Donnerstag, d. 7. Dezember, bei Obst, Grunewaldstr. 110.

Weissensee. Donnerstag, 14. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Kühne, Köllstr. 20. Vortrag des Kollegen Rob. Schmidt über: „Die sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften.“

Winsen. Am 10. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Sahban, Schmiedestraße 10/11.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mühlhausen i. Th. Den Kollegen zur Nachricht, daß wir einen Arbeitsnachweis errichtet haben. Selbiger befindet sich beim Kollegen Werner, Ziegelstr. 23. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Das Umschreyen ist streng zu unterlassen. Die Ortsverwaltung.

Bitterfeld. Bevollmächt. Otto Ahrens, Rossmarienstr. 15. Kassirer Otto Blöb, Burgstraße 36. Reiseunterstützung zahlt aus: Gastwirth Meier, Verbandslokal, Lötterstraße. Die Ortsverwaltung.

Fürth. Bevollm. Joh. Eiter, Marienstr. 49, part. Kassirer Friedr. Mayer, Würzburgerstraße 38, 1. Et. Zentralherberge „Saalbau“. Gewerkschaftshaus, Pfisterstraße.

Stralsund. Bevollm. G. Koloff, Tischler, Schillstr. 24. Kassirer F. Kasten, Böttcherstraße 20. Verkehrslokal bei Tietz, Gasthof „Insel Rügen“, Wasserstr. 81.

Winsen. Bevollm. Fr. Brammerloh, Kassirer S. Kruse, Weide in Pattenfen i. L. Reiseunterstützung zahlt zu jeder Tageszeit Frau Sahban, Schmiedestr. 10—11, aus.

Aufforderung.

Verbandsmitglieder, denen der Aufenthalt des Richard Otto Wilhelm, Kassirer, geb. 5. 9. 76 zu Chemnitz, bekannt ist, werden um sofortige Benachrichtigung an den Verbandsvorstand gebeten. W. hat sich in Königsheim in Sachsen einer Unterschlagung von Verbandsgebern schuldig gemacht und dürfte sich jetzt in der Nähe von Kassel aufhalten, wo er anfangs November vorübergehend gearbeitet hat.

Aufforderung.

Der Modellschreiner Dionisi Charles, geb. 15. 7. 49 zu Schawuhl (Buch-Nr. 174510) wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Mainz gegenüber nachzukommen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Betreffenden bekannt ist, werden ersucht, Nachricht an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Joh. Bapt. Weiss, Mainz, Janggasse 28, 4. Et.

Der Drechsler Paul Günther wird hierdurch aufgefordert, über die in seinen Händen befindlichen Verbandsmarken unverzüglich abzurechnen. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, wollen Nachricht geben an Albert Mitschick, Kassirer, Neusalz a. d. Oder, Al. Gasse 29.

Bekanntmachung.

Bei der am 18. November stattgefundenen Ersatzwahl eines Beisitzers für den Verbandsvorstand, wurde der Kollege Heinrich Waldmann, Drechsler, gewählt.

Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Stuttgart. Ed. Steinbrenner, Bevollmächtigter.

Der Tischler Josef Conrath, geb. 20. 10. 61 zu Ganth, Buch-Nr. 12809, wird hiermit aufgefordert, die hier am Orte kassirten Gelder sofort einzusenden. Derselbe war zuletzt in Hamburg-Horn beschäftigt. Die Verwaltungsbeamten und Kollegen werden ersucht, ihn hierauf hinzuweisen. Die Ortsverwaltung Vegetaf.

Sterbetafel des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

August Riehm, 62 Jahre, gest. an Herzschlag zu Osterode a. S.

W. Thorsen, gest. am 13. November zu Kiel.

Ernst Freigang, 21 Jahre, gest. am 18. November an der Proletarierkrankheit zu Lübben.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Orts-Krankenkasse No. 9 zu Görlitz.

Montag, 11. Dezember, Abends 8 Uhr, im Saale des „Waldedere“, Rauschwalberstr.:

Wahlversammlung der Herren Arbeitgeber.

Tagesordnung: Nachwahl der Vertreter der Arbeitgeber. Görlitz, den 26. November 1899. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse No. 9 zu Görlitz.

Montag, 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des „Waldedere“, Rauschwalberstr.:

Wahlversammlung der Herren Arbeitnehmer.

Tagesordnung: Nachwahl der Vertreter der Arbeitnehmer. Görlitz, den 26. November 1899. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Nr. 9 zu Görlitz.

Montag, 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des „Waldedere“, Rauschwalberstr.:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl der Rechnungsprüfer. 3. Besprechung über Zentralisation der Orts-Krankenkassen. 4. Geschäftliches. Görlitz, den 26. November 1899. Der Vorstand.

Erfahrener Tischler, welcher mehrere Jahre als Meister thätig ist, sucht eigene Werkstatt oder bergl. für eine Fabrik zu übernehmen. Gest. Off. beliebe man unter G. B. 97 an die Exped. d. Bl. zu richten.

Tischler,

theoretisch und praktisch gebildet, im Zeichnen, Maßnehmen und Veranschlagen von Bauarbeiten gründlich erfahren, für eine Bauarbeit Sachens schnellstens gesucht. Derselbe muß redegewandt, repräsentable Person sein und kleine Reisen besorgen. Bewerber mit guten Schul- und anderen Zeugnissen wollen sich mit Angabe von Gehaltsansprüchen und der Zeit ihres Antritts unter C. P. Sch. 89 an die Exp. d. Bl. wenden.

Zwei Tischlergesellen

finden dauernde Beschäftigung bei Weissel, Bräulich b. Gradow i. M. Ein Drechslergehülfe findet bei gutem Lohn oder Akkordarbeit dauernde Stellung. Mechanische Möbel- und Stuhlfabrik Fr. Ramm & Co., Blomberg (Vippe).

